



LEITANTRAG

DER BUNDESPROGRAMMKOMMISSION

PROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
FÜR DIE WAHL ZUM 20. DEUTSCHEN BUNDESTAG

zum 12. Bundesparteitag der AfD in Dresden

10. bis 11. April 2021

MESSE DRESDEN (Halle 1)

Messering 6 | 01067 Dresden

Stand: 23. Februar 2021

Inhaltsverzeichnis

Demokratie und Rechtsstaat	7
Das Volk muss wieder zum Souverän werden	7
Volksabstimmungen nach Schweizer Modell.....	7
Die Gewaltenteilung gewährleisten	8
Entpolitisierung der Justiz: Karenzzeit für Richter	8
Trennung von Amt und Mandat und Kampf der Ämterpatronage	8
Macht der Parteien beschränken	9
Freie Listenwahl und freies Mandat	9
Verkleinerung der Parlamente.....	9
Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen.....	9
Lobbyismus eindämmen	10
Freiheit und Verantwortung	10
Freiheit statt Quoten-Diskriminierung.....	10
Schutz der persönlichen Freiheit vor digitalen Übergriffen.....	10
Hinweisgeber (Whistleblower) schützen	10
Die EU und Europa	11
Ein Europa der Vaterländer	11
Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten.....	11
Steuern und Finanzen	13
Keine EU-Steuern	13
Für ein Steuersystem mit wenigen Steuerarten und verständlicher Systematik	13
Abschaffung der Substanzsteuern.....	13
Wir wollen ein Land von Wohnungseigentümern werden	14
Elementare Steuergerechtigkeit statt Nominalwertprinzip und Ungleichbehandlung von Steuerbürgern	14
Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“	16
Wirtschafts- und Innovationspolitik für Deutschland	16
Den Mittelstand entlasten	16
Politisch induzierte Belastungen aussetzen	16
Technologieführerschaft mit „Blue-Deal“	16
Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer „Industriepolitik“	17

Euro und EU sind gescheitert	18
Deutschland muss aus dem untergehenden Euro-System austreten	18
Keine Schuldenaufnahme durch die EU, Hilfskredite nur auf nationaler Ebene	18
Zusätzliche Inflationierung durch überzogene Corona-Maßnahmen beenden	19
EZB-Nullzinspolitik beenden	19
Wohlstand und sozialer Frieden in Europa durch Wiedereinführung nationaler Währungen	20
Erhalt des Bargelds: Bargeld ist Freiheit gegen Enteignung und Totalüberwachung	20
Target-2-Risiko beenden	21
Nationale Investitionen	21
Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, deutsches Staatsgold vollständig zurück nach Deutschland	21
Außen- und Verteidigungspolitik	23
Die Außenpolitik Deutschlands muss sich an deutschen Interessen ausrichten	23
Das Verhältnis zu wichtigen Staaten im Wandel der Geopolitik	23
Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands	25
Entwicklungspolitik: Stabilität als Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse	25
Deutschland muss seine wirtschaftlichen Stärken ausbauen	26
Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands	26
Innere Sicherheit	28
Wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität	28
Vollstreckung im Ausland	28
Jugendstrafrecht	28
Reform der Polizei	29
Fahndungsmöglichkeiten verbessern	29
Organisierte Kriminalität bekämpfen	29
Sicherheit der Bürger verbessern	29
Strafjustiz verbessern	30
Islam	31
Migration, Asyl und Integration: Human handeln – Deutschland schützen	33
Das Problem der Überbevölkerung kann durch Migration nicht gelöst werden	33
Asylmissbrauch beenden	33
Die unlösbaren Folgeprobleme	33
Asylparadies Deutschland schließen	34
Abschiebung und Rückkehr	35
Leben retten und soziale Gerechtigkeit herstellen	35

Hilfe vor Ort statt Tod auf dem Weg nach Europa	36
Zuwanderung wieder national regeln	36
Qualifizierte Zuwanderung	37
Integration	37
Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein kostbares Gut	38
Familienpolitik	39
Familien stärken und fördern	39
Ursachen der demografischen Katastrophe.....	39
Leistungsfähigkeit der Familien erhalten	40
Familien unterstützen	40
Familienfreundliches Deutschland	41
Kinder in den Familien belassen, Kindesentzug nur in Ausnahmen.....	41
Willkommenskultur für Kinder	41
Trennungsfolgen mindern.....	42
Verantwortungsvolle Kinderbetreuung	43
Das Rentenkonzept der AfD	44
Gesundheitspolitik	47
Schluss mit den unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen	47
Infektionsschutz umsetzen und aktualisieren	47
Krankenhäuser und Kliniken brauchen Planungssicherheit und eine individuell auskömmliche Finanzierung.....	47
Serviceorientierte ambulante Versorgung durch Beendigung der Budgetierung	48
Medizinische Versorgung auf dem Land wiederherstellen und sichern	48
Zugang zu Heil- und Hilfsmitteln entbürokratisieren.....	49
Kurzzeitpflegeplätze in Krankenhäusern finanzieren	49
Beendigung des Pflegenotstands	49
Vorfahrt für die häusliche Pflege	49
Vereinfachung und bessere Übersichtlichkeit in der sozialen Pflege- und gesetzlichen Krankenversicherung	50
Arzneimittelversorgung verlässlich machen	50
Organspende, Sterbehilfe	50
Cannabis nur in der Medizin.....	50
Antibiotikaresistenzen vermeiden und konsequent begegnen	51
Den Beruf des Heilpraktikers erhalten	51
Anforderungen an ausländisches Personal im Gesundheitswesen.....	51

Souveränität des Patienten über seine Daten herstellen	51
WHO grundlegend reformieren	51
Bildung, Wissenschaft und Forschung	53
Mut zur Leistung statt Akademisierungswahn	53
Mehrgliedriges Schulsystem erhalten	53
Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master	53
Schulen besser ausstatten – Digitalisierung mit Augenmaß	53
Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten	54
Bildung und Migration	54
Neutralität der Schule wiederherstellen	54
Kompetenzorientierung entwertet Bildung	54
Deutsches Kulturgut im Unterricht vermitteln	54
Kein bekenntnisgebundener Islamunterricht an deutschen Schulen	55
Keine Sonderrechte für Muslime an unseren Schulen	55
Kein Koranunterricht durch verfassungsfeindliche Moscheevereine	55
Keine Konfuzius-Institute an öffentlichen Bildungseinrichtungen	55
Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wieder einführen	55
Autonomie der Hochschulen stärken, Freiheit von Forschung und Lehre bewahren	55
Kein Geld für „Gender Studies“, keine Gender-Quoten	56
Kultur	57
Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“	57
Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität	57
Kulturförderung	57
Brauchtum und Gedenken	57
Medien	59
Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk neu gestalten	59
„Cancel Culture“ bekämpfen	59
Meinungsfreiheit statt Tugendterror	59
Bauen, Wohnen, Mieten	60
Wohneigentumsförderung	60
Mehr Wohngeld statt Sozialer Wohnungsbau	60
Klima, Energie, Technik und Digitalisierung	61
Dem Klimawandel positiv begegnen	61
Kernforderungen zur Klimapolitik	61
Technischen Fortschritt begrüßen	61

Energie – Nein zum „Green Deal“	62
Digitalisierung muss den Menschen dienen.....	64
Datenschutz und Datensicherheit.....	64
Infrastruktur ist die Grundlage für den weiteren Ausbau der Digitalisierung	64
Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.....	65
Digitale Souveränität.....	65
Verkehrspolitik.....	65
Motorisierten Individualverkehr schützen	65
Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern.....	66
Sichererer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr	66
Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken	66
Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten	66
Stadt und Land gleichrangig entwickeln	68
Entscheidungen näher zum Bürger bringen.....	68
Landschaft als Teil regionaler Identität	68
Infrastruktur.....	68
Kommunen stärken – Erfüllung der Pflichtaufgaben sicherstellen.....	68
Ausbau digitaler Infrastrukturen beschleunigen.....	69
Nord Stream 2 endlich fertigstellen	69
Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz	70
EU-Agrarpolitik renationalisieren.....	70
Grüne Berufe wertschätzen	70
Familienbetriebe in den Mittelpunkt stellen.....	70
Düngung am Bedarf der Pflanze orientieren	71
Praxiskonformen Pflanzenschutz etablieren.....	71
Tierwohl, Haltung und Transport weiterentwickeln	71
Schutz der heimischen Ökosysteme verbessern	72
Zeitgemäßes Wildtiermanagement umsetzen	72
Unsere Wälder schützen und bewahren.....	72
Gesunde Lebensmittel aus heimischer Produktion fördern.....	72
Transparenz im Verbraucherschutz ausbauen	73
Wasserversorgung in öffentlicher Hand belassen	73
Ausbau von erneuerbaren Energien einschränken	73

1 Demokratie und Rechtsstaat

2 Das Volk muss wieder zum Souverän werden

3 Die Regierungspolitiker in Bund und Ländern haben mit ihrer Flüchtlings- und Corona-Politik
4 die Prinzipien der deutschen Staatlichkeit, des Rechts und der Verfassung vielfach verletzt.
5 Zugleich haben sich die Volksvertreter der etablierten Parteien den grundgesetzlich garantier-
6 ten Parlamentsvorbehalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat ohne Widerstand nehmen
7 lassen. Einzelne rechts- und verfassungswidrige Maßnahmen wurden zwar durch mutige Rich-
8 ter in hunderten von Urteilen zu Fall gebracht. Es hat sich aber eine politische Klasse heraus-
9 gebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen
10 Wohlergehen gilt. Sie hat sich zu einer machtvollen politischen Oligarchie innerhalb der etab-
11 lierten Parteien entwickelt. Für die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte ist sie zu verant-
12 worten. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung
13 und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen. Das totali-
14 täre Gebaren der Regierungspolitiker kann einzig mit Mitteln der unmittelbaren Demokratie
15 gestoppt werden.

16 Volksabstimmungen nach Schweizer Modell

17 Die AfD fordert Volksentscheide nach Schweizer Modell auch für Deutschland. Die uneinge-
18 schränkte Volkssouveränität in ihrer fast 200 Jahre bewährten und optimierten Gestaltung hat
19 dem eidgenössischen Bundesstaat eine fortwährende Spitzenstellung in Wohlstand, Frieden
20 und Freiheit gewährleistet.

21 Durch die Volksabstimmungen wollen wir die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen
22 eindämmen und die Parlamente zu sorgfältiger Arbeit zwingen. Unangemessenen Beschlüssen
23 der Abgeordneten in eigener Sache – etwa Diäten-, Fraktions- und Parteienfinanzierung und
24 die Finanzierung von „parteinahen“ Stiftungen – wollen wir einen Riegel vorschieben. Den
25 schicksalhaften politischen Wortbruch der etablierten Parteien bezüglich der EU mit den exist-
26 tenzbedrohenden Wirkungen mehrerer für nachfolgenden Generationen wollen wir beenden.

27 Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD nicht verhan-
28 delbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen und beinhaltet insbesondere folgenden
29 Elemente:

30 Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völ-
31 kerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Wir wollen dem Volk das Recht geben, den Abge-
32 ordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder
33 abzulehnen. Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, Gesetzesinitiativen einzubringen und per
34 Volksabstimmung zu beschließen. Hierbei soll es jenseits des Art. 79 Abs. 3 GG keine themati-
35 schen Beschränkungen geben.

36 Die Qualität der Entscheidung der Bürger muss gesichert werden durch einen ausgeprägten
37 und autonomen Prozess der Willensbildung, durch Informationspflichten und -rechte und
38 eine breite gesellschaftliche Debatte. Ein Initiativrecht für Volksabstimmungen von oben
39 herab, durch Regierungen oder Parlamente, lehnen wir ab.

40 Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien halten wir das deutsche Volk für ebenso
41 mündig wie das der Schweizer. Entgegen anderslautender Behauptungen entscheiden Bürger

42 in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger, friedfertiger und gemeinwohlorientierter als Be-
43 rufspolitiker. Das ist die Lehre aus der Wiedervereinigung, aus der Ablehnung des „EU-Ver-
44 fassungsvertrags“ durch das französische und das niederländische Volk und der Entscheidung
45 der Engländer, aus der Europäischen Union auszutreten.

46 Wir sind der Auffassung, dass die vielfältigen politischen Probleme Deutschlands veränderter
47 Weichenstellungen bedürfen. Die Instrumente direkter Demokratie sind hierzu ein taugliches
48 und notwendiges Mittel. Nach unserer Überzeugung können die fundamentalen Krisen von
49 Währung, Migration, Islam und Energie nicht von der Regierung und vom Parlament alleine
50 tragfähig bewältigt werden. Das Volk als Souverän muss in direkter Mitbestimmung Träger
51 solcher schicksalshaften Entscheidungen sein.

52 Die Gewaltenteilung gewährleisten

53 Zahlreiche Gesetze und die politische Praxis haben die Gewaltenteilung in Deutschland als
54 Kernelement des Rechtsstaats über die Jahre in Gefahr gebracht und zu einer überbordenden
55 Staatsgewalt geführt: Ehemalige Politiker auf Richtersthühlen, Abgeordnete, die zugleich Kanz-
56 ler, Ministerpräsident oder Minister sind und sich insoweit selbst kontrollieren, sowie partei-
57 politische Netzwerke, die durch verbotene, verfassungswidrige Ämterpatronage entstehen,
58 können nicht länger toleriert werden. Öffentliche Ämter sind ausschließlich nach „Eignung,
59 Befähigung und fachlicher Leistung“ zu vergeben (Art. 33 Abs. 2 GG).

60 Entpolitisierung der Justiz: Karenzzeit für Richter

61 Richter bei der Verfassungs-, der Verwaltungs- und der Finanzgerichtsbarkeit dürfen im Zeit-
62 raum von zehn Jahren vor dieser Tätigkeit keiner Partei oder politischen Organisation ange-
63 hört haben.

64 Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und
65 Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen. Auch wollen wir die Praxis ändern,
66 dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden und im Einzelfall dem Justizminister berichts-
67 pflichtig ist. Die Unabhängigkeit der dritten Gewalt muss durch eine Selbstverwaltung der Jus-
68 tiz ausgebaut werden, wie es in vielen anderen europäischen Ländern bereits üblich ist. Wir
69 unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahlaus-
70 schuss und einen Justizverwaltungsrat einzurichten. Insbesondere die Verfassungsgerichte
71 und Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.

72 Trennung von Amt und Mandat und Kampf der Ämterpatronage

73 Kanzler, Ministerpräsidenten und Minister dürfen nicht mehr zugleich Abgeordnete sein. Die
74 Institution der parlamentarischen Staatssekretäre ist abzuschaffen. Dies gilt auch für das Insti-
75 tuit der „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung, vom Ministerialdirektor bis zum Poli-
76 zeipräsidenten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal zu
77 sein. Beamten- und Richterstellen sind ausschließlich nach Qualifikation zu besetzen. Die
78 „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet werden.

79 Grundsätze der fachlichen Eignung und beruflichen Qualifikation haben auch für das Spitzen-
80 personal des Staates in den Kabinetten zu gelten. Parteipolitische Karrieren können fachliche
81 Defizite nicht ersetzen.

82 Macht der Parteien beschränken

83 Die Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21, Abs. 1 GG), es aber nicht beherr-
84 schen. Die Allmacht der Parteien und deren Inanspruchnahme des Staates gefährden unsere
85 Demokratie. Diese politische Instrumentalisierung des Staates ist auch Ursache der verbreite-
86 ten Politikverdrossenheit. Die Loyalität der Abgeordneten muss den Bürgern und dem Staat
87 gelten, nicht den Parteivorständen.

88 Neben der offiziellen Parteienfinanzierung in Höhe von mittlerweile jährlich ca. 194 Millionen
89 Euro haben sich die Parteien zusätzliche Finanzausstattung verschafft. Hervorzuheben ist da-
90 bei die Finanzierung sogenannter politischer Stiftungen, denen alleine 600 Millionen Euro aus
91 Mitteln des Bundeshaushalts jährlich zufließen. Ferner halten wir die jedem Bundestagsabge-
92 ordneten zustehende „Mitarbeiterpauschale“ von 22.436 Euro monatlich für überhöht. Ob da-
93 bei in jedem Fall wissenschaftlich qualifiziertes Personal oder Parteisolddaten angestellt wer-
94 den, darf hinterfragt werden.

95 Die AfD will insbesondere die Stiftungsfinanzierung gesetzlich regeln und deutlich begrenzen.
96 Alle Mittel der Parteienfinanzierung sollen entgegen derzeitiger Praxis der unbeschränkten
97 Kontrolle der Rechnungshöfe unterliegen. Unabdingbar ist auch eine restriktive und Korruption
98 vermeidende Neuordnung der Spendenregelungen. Ferner soll den Parteien endlich die
99 Beteiligung an Unternehmen, insbesondere Medienunternehmen, verboten werden.

100 Freie Listenwahl und freies Mandat

101 Die politische Klasse Deutschlands hat das Wahlrecht und die Wahlverfahren im Lauf der Zeit
102 immer perfekter ausgenutzt und angepasst, um den Einfluss des Volkes auf die Bewerberaus-
103 wahl zu minimieren. Dem Wähler werden derzeit starre Wahllisten der Parteien zum Ankreu-
104 zen vorgelegt. Über die „sicheren Listenplätze“ bestimmen de facto die Parteivorstände die Zu-
105 sammensetzung des Parlaments. Mit einer demokratischeren Gestaltung des Wahlsystems will
106 die AfD dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente
107 zurückgeben. Wir treten für die „freie Listenwahl“ ein, mit der Möglichkeit des Kumulierens,
108 Panaschierens und Streichens von Kandidaten.

109 Verkleinerung der Parlamente

110 Mit seinen mittlerweile 709 Abgeordneten leistet sich Deutschland eines der größten Parla-
111 mente der Welt. Die im Oktober 2020 von CDU/CSU und SPD durchgesetzte Wahlrechtsän-
112 derung entspricht nicht der vom Bundesverfassungsgericht angemahnten Reform der Wahl
113 zum Bundestag. Mit etwa 2.500 Abgeordneten in Bund und Ländern und dem dazugehörigen
114 Verwaltungsapparat hat Deutschland übergroße Parlamente. Wir streben an, den Bundestag
115 um etwa die Hälfte zu verkleinern. Auch bei den Parlamenten auf Länderebene sehen wir er-
116 heblichen Reduzierungsbedarf.

117 Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen

118 Die ungebrochene Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vor-
119 schub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen Wählern und Gewählten stetig vergrößert.
120 Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und Lobbyismus sind die Folge.
121 Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten herzustellen, fordern wir eine Begrenzung der Man-

122 datszeit für Abgeordnete auf vier und der Amtszeit für den Bundeskanzler auf zwei Legislatur-
123 perioden. Nicht die Abgeordnetenvergütung, sondern politischer Idealismus soll Motivation
124 zur Kandidatur für ein Mandat sein.

125 Lobbyismus eindämmen

126 Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit
127 widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende
128 Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden. Wir wollen die Regelungen der
129 Nebentätigkeiten für Parlamentarier und gegen Abgeordnetenbestechung deutlich verschär-
130 fen. Unseren eigenen Abgeordneten haben wir bereits jetzt über unsere Satzung entsprechende
131 Regeln auferlegt. Ferner setzen wir uns für ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten,
132 Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein, das vorbildlichen Regelun-
133 gen anderer Demokratien entspricht.

134 Freiheit und Verantwortung

135 Im Zentrum unseres Menschenbildes stehen Freiheit und Verantwortung. Wir gehen von der
136 Befähigung und Bereitschaft jedes einzelnen aus, in Freiheit und Verantwortung sein Leben zu
137 gestalten und seine Angelegenheiten und die seiner Familie zu besorgen. Gängelung und In-
138 doktrination durch Staat oder gesellschaftliche Gruppen lehnen wir ab.

139 Freiheit statt Quoten-Diskriminierung

140 Die grundgesetzlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau hat mit der vom Par-
141 teienkartell propagierten Gleichstellung und Gleichmacherei nichts zu tun.

142 Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungsfeindlich, ungerecht und stellen eine
143 verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss der Quote kommen.

144 Schutz der persönlichen Freiheit vor digitalen Übergriffen

145 Eingriffe in die Privatsphäre durch monopolistische, datengetriebene Großkonzerne und Ge-
146 heimdienste überschreiten zum Teil deutlich die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte.
147 Diese Tendenzen zur außerstaatlichen Kontrolle stellen eine Gefährdung für unsere Freiheit
148 dar. Wir wollen den Bürgern die informationelle Selbstbestimmung zurückgeben und sie ver-
149 fassungsrechtlich stärken.

150 Hinweisgeber (Whistleblower) schützen

151 Die EU-Richtlinie zum Hinweisgeberschutz ist unzureichend. Wir fordern ein einheitliches
152 deutsches Gesetz mit verständlichen klaren Regeln, sowie eine entsprechende Anpassung des
153 Beamtenrechts. Wichtige Bestandteile eines solchen Gesetzes sind für uns vorgeschriebene in-
154 terne Whistleblower-Kanäle und alternative externe Meldemöglichkeiten bei einer unabhän-
155 gigen, selbstständigen Behörde sowie der vollumfängliche Schutz des Hinweisgebers vor Re-
156 pressalien, inklusive einer gesetzlich garantierten Vertraulichkeit.

157

Die EU und Europa

158

Ein Europa der Vaterländer

159 Die AfD steht für die Freiheit und Selbstbestimmung der europäischen Nationen. Sie steht fest
160 zur Idee eines Europas der Vaterländer und einer Gemeinschaft souveräner Staaten, die auf all
161 jenen Gebieten zusammenarbeiten, die gemeinsam besser gestaltet werden können. Dazu ge-
162 hört insbesondere ein möglichst unbehinderter Binnenmarkt mit fairem Wettbewerb.

163 Eine staatsähnliche Europäische Union, wie sie von den etablierten Parteien angestrebt wird,
164 halten wir im Sinne eines prosperierenden und friedlichen Europas für kontraproduktiv.
165 Selbstverantwortliche und von lebendigen Demokratien gestaltete Nationalstaaten sind durch
166 übernationale Einrichtungen nicht ersetzbar. Eine Gruppe benachbarter Staaten kann sehr gut
167 auf völkerrechtlicher Basis konstruktiv und friedlich kooperieren. Der Versuch jedoch, aus der-
168 zeit 27 oder noch mehr Staaten mit jeweils eigenen Sprachen, Kulturen und historischen Er-
169 fahrungen einen wie auch immer ausgestalteten Gesamtstaat zu bilden, muss scheitern. Ein
170 solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche Mindestmaß an
171 kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende Staaten sind. Wir
172 wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten. Nur dort kann Volkssouverä-
173 nität gelebt werden, die Mutter und das Herzstück der Demokratie.

Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner

174

Staaten

176 Eine Union Europäischer Staaten wird nur dann eine Zukunft haben, wenn es gelingt, dem
177 sich immer schneller drehenden Rad der Entdemokratisierung und Zentralisierung in die
178 Speichen zu greifen, bevor die heutige EU durch die Pervertierung ihrer Gründungsidee an
179 sich selbst zugrunde geht. Die wirtschaftsgeschichtlich ungewöhnliche Idee einer Einheitswäh-
180 rung für wirtschaftlich völlig unterschiedlich entwickelte Staaten ist gescheitert. Es handelte
181 sich um eine politische Wunschvorstellung, die mit ökonomischen Gesetzen nicht in Einklang
182 zu bringen ist. Mit der Einführung des sogenannten „Corona-Wiederaufbaupaktes“ wurde die
183 Transferunion in eine neue Dimension gehoben. Diese Transferunion steht nicht nur im Wi-
184 derspruch zu den Europäischen Verträgen und den Versprechen der deutschen Politiker son-
185 dern wird den Abstieg aller europäischen Volkswirtschaften und Konflikte zwischen den Staa-
186 ten zur Folge haben.

187 Ein vergleichbares Versagen zeigt die EU in der jahrelang anhaltenden Migrationskrise. Auch
188 das Krisenmanagement in der Corona-Krise war verheerend, und die Fehlentwicklungen in
189 der Klima- und Energiepolitik treibt die EU durch unvorstellbar kostspielige Gesetzes- und
190 Subventionspakete voran. Das langfristige Unheil dieser Verschuldungs- und Umverteilungs-
191 Eskapaden wird vor allem den deutschen Steuerzahler treffen.

192 Der Rückbau der EU in einen offenen Wirtschaftsraum ohne Binnenzölle, mit freiem Waren-
193 und Kapitalverkehr ohne gemeinsame Währung wird angestrebt. Die persönliche Freizügigkeit
194 im EU-Raum wird konditioniert in einem multilateralen völkerrechtlichen Vertrag geregelt.
195 Das gleiche gilt für die Ausgestaltung des gemeinsamen Marktes. Hoheitsrechte und das Recht
196 zur eigenständigen Rechtssetzung werden der Staatengemeinschaft nicht übertragen.

197 Sofern das AfD-Konzept in seinen Kernbestandteilen nicht durchsetzbar ist, strebt Deutsch-
198 land den Austritt aus der derzeitigen Konstruktion des Staatenverbundes an. Danach besteht
199 die Bereitschaft Deutschlands, jederzeit auf der Basis der Kernbestandteile dieses Konzepts
200 einen neuen Staatenbund zu gründen.

201 **Steuern und Finanzen**

202 **Keine EU-Steuern**

203 Das Recht, Steuern zu erheben, muss vollständig in nationaler Kompetenz der Mitgliedstaaten
204 der Europäischen Union verbleiben. Steuereinnahmen bestimmen die nationalen Haushalte.
205 Die Budgethoheit stellt die zentrale Kontrollmöglichkeit des Parlaments über das Regierungs-
206 handeln dar. Die im Zusammenhang mit dem “Recovery Fonds” von der EU-Kommission ge-
207 forderte Einführung mehrerer Steuern in der Rechtssetzungs- und Ertragshoheit der EU muss
208 daher verhindert werden.

209 **Für ein Steuersystem mit wenigen Steuerarten und verständlicher** 210 **Systematik**

211 Das Steuerreformkonzept des ehemaligen Verfassungsrichters Kirchhoff ist ein gutes Beispiel
212 für eine große Reform. In Orientierung daran könnten, bei Konzentration auf die beiden gro-
213 ßen Steuerarten (Umsatzsteuer und Einkommenssteuer), die Grundsteuer, die Gewerbesteuer
214 und etliche nach ihrem Aufkommen betrachtet weitere kleinere Verbrauchsteuern auf Bundes-
215 ebene ersatzlos entfallen, so zum Beispiel die Energiesteuer, die Schaumweinsteuer und die
216 Kaffeesteuer. Auf Landesebene sollten die Biersteuer und auf der Kommunalebene die Ver-
217 gnügungssteuer, die Schankerlaubnissteuer, die Jagd- und Fischereisteuer und die Zweitwoh-
218 nungssteuer entfallen. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie verwaltungsaufwendig und aufkom-
219 mensschwach sind. Sie leisten keinen nennenswerten Beitrag zur Staatsfinanzierung.

220 **Abschaffung der Substanzsteuern**

221 Ähnlich verhält es sich mit den sogenannten Substanzsteuern. Dazu zählen die schon erwähnte
222 Grundsteuer, die an Haus- und Grundbesitz anknüpft, die Vermögenssteuer und die Erb-
223 schaft- und Schenkungssteuer. Bei derzeit rund 800 Mrd. jährlichem Steueraufkommen des
224 Gesamtstaates liegt deren Anteil insgesamt bei einem niedrigen einstelligen Prozentbetrag.
225 Zudem ist die Vermögenssteuer bereits 1995 für verfassungswidrig erklärt worden.

226 Die Grundsteuer wird in der Gesetzgebungshoheit des Bundes geregelt. Ihr Aufkommen fließt
227 ausschließlich den Kommunen zu. Auch sie wurde wegen der Bewertungsprobleme des Grund-
228 und Gebäudevermögens für verfassungswidrig erklärt. Ihr steuersystematischer Erhebungs-
229 grund ist unklar, weshalb ihre Existenzberechtigung und ihre Verfassungsmäßigkeit in der
230 Wissenschaft hochumstritten ist. Wenn sie in Wahrheit eine zweite Vermögenssteuer ist, wo-
231 für vieles spricht, ist sie ebenfalls konfiskatorisch und daher abzuschaffen. Ihr Aufkommen
232 entspricht etwa 10 % des gesamten Steueraufkommens der Kommunen. Als Ersatzannahme,
233 die den Kommunen stattdessen zugestanden werden muss, soll ein kommunales Zuschlags-
234 recht auf die Ertragssteuern der Gemeindebürger und der ortsansässigen Unternehmen ein-
235 geführt werden.

236 Die Wirtschaftsstruktur Deutschlands ist, im weltweiten Maßstab gemessen, extrem stark von
237 mittelständigen Unternehmen geprägt. Sie beschäftigen die relativ meisten Arbeitnehmer, bil-
238 den mit Abstand die meisten Lehrlinge aus und existieren vielfach über mehrere Generationen.
239 Im Falle des Unternehmensübergangs im Erbgang, insbesondere auch innerhalb der Familie,
240 wurde bei größeren Vermögen umso drastischer auf die Unternehmenssubstanz im Wege der

241 Erbschaftssteuer steuerlich zugegriffen mit der Folge der Zerstörung funktionierender Unter-
242 nehmen. Diese Form des generativen Denkens zum Nutzen von uns allen wird seit Jahrzehnten
243 durch sozialistische Gleichheitsvorstellungen und klassenkämpferische Neidgefühle be-
244 kämpft. Dem stellt sich die AfD entgegen. Erbgänge sind zunächst Angelegenheiten innerhalb
245 von Familien oder auch anderen Zuwendungsempfängern. Es gibt keinen akzeptablen Grund
246 aus Trauerfällen Steuerfälle zu machen.

247 Wir wollen ein Land von Wohnungseigentümern werden

248 Der Erwerb von Grund- und Boden und allen Formen von Wohnungseigentum unterliegt der
249 Grunderwerbsteuer. Sie bemisst sich in Prozenten der Erwerbskosten und erschwert damit die
250 Eigentumsbildung breiter Bevölkerungsschichten, die weit überwiegend als Ziel eines selbst-
251 bestimmten Lebens den Erwerb von Wohnungseigentum anstreben. Deutschland ist europaa-
252 weit mit unter 50 % das Land mit der geringsten Eigentumsquote bei der Wohnungsversor-
253 gung. Das wollen wir ändern und den Erwerb von Wohneigentum unter anderem durch die
254 Abschaffung der Grunderwerbsteuer erleichtern. Bereits vor Jahrzehnten gab es für eine ge-
255 wisse Zeit unter bestimmten Voraussetzungen eine einmalige Grunderwerbssteuerbefreiung
256 für den Erwerb von selbstgenutztem Wohnungseigentum.

257 Elementare Steuergerechtigkeit statt Nominalwertprinzip und Ungleichbe- 258 handlung von Steuerbürgern

259 Da es nahezu immer eine gewisse Inflationierung des Geldes gibt, war und ist es ein Akt grober
260 Ungerechtigkeit, die progressive Tabellenbelastung des Einkommens und die Bemessungs-
261 grundlagen, die durch Freibeträge, Freigrenzen, Pauscheträge und Pauschalen maßgeblich
262 bestimmt werden, über lange Zeiträume nominal konstant zu lassen („kalte Progression“). Bei
263 einer Inflation von jährlich 2 % schmelzen Freibeträge innerhalb von 10 Jahren um über 20 %
264 ihres ursprünglich gesetzgeberisch gewollten Geldwertes ab. Das Gleiche gilt für die überpro-
265 portional steigende Steuerlast bei lediglich nominalem Einkommenswachstum durch die Fest-
266 schreibung der Steuertabelle.

267 Seit der 18. Legislaturperiode des Bundestages werden zwar durch Einzelgesetze die Kinder-
268 und die Grundfreibeträge an die Inflation angepasst und inzwischen auch die Tabellenbeträge
269 angehoben. Im Jahrzehnt davor ist dies jedoch nicht geschehen mit der Folge, dass man in
270 Deutschland, etwa im krassen Unterschied zur Schweiz, mit leicht überdurchschnittlichem
271 Einkommen bereits zu Teilen mit dem Spitzensteuersatz belastet wird. Es ist ein Gebot ele-
272 mentarer Gerechtigkeit und wurde daher auch von der AfD-Bundestagsfraktion wiederholt in
273 Antragsform gefordert, für beide Phänomene eine automatische gesetzgeberische Dynamisie-
274 rung vorzunehmen.

275 Genauso elementar wird die Steuergerechtigkeit verletzt, wenn der Solidaritätszuschlag, der
276 aus Gründen der Finanzierung des Aufbau Ost eingeführt wurde, nach dem Wegfall dieser
277 Transferleistungen nicht ebenfalls entfällt. Maßgebliche Verfassungsrechtler halten die nun-
278 mehrige vollständige Abschaffung des „Soli“ für verfassungsrechtlich zwingend geboten. Die
279 AfD-Bundestagsfraktion hat bereits mehrfach entsprechende Anträge im Bundestag zur Ab-
280 stimmung gestellt, die alle mit breiter Mehrheit abgelehnt wurden. Mit Wirkung für 2021
281 wurde nunmehr für untere und mittlere Einkommensgruppen der Steuerzuschlag abgeschafft
282 mit der Wirkung, dass etwa die Hälfte der 20 Mrd. des jährlichen Aufkommens entfällt. Die
283 zweite Hälfte des Aufkommens bleibt jedoch – beispielsweise auch für alle kleinen GmbH –

284 für die übrigen Einkommensteuerzahler als Zusatzbelastung erhalten. Der Grundsatz der
285 Gleichbehandlung aller Steuerzahler wird damit eklatant verletzt. Das Bundesverfassungsge-
286 richt wird über die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens zu entscheiden haben.

287

Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“

288 Wirtschafts- und Innovationspolitik für Deutschland

289 Die AfD steht für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik: Schutz des Eigentums, Ver-
290 tragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung, Berufsfreiheit, eine wettbewerbliche Wirt-
291 schaftsordnung sind Voraussetzung für eine freiheitliche und prosperierende bürgerliche Ge-
292 sellschaft. Diese wollen wir erhalten und Fehlentwicklungen korrigieren.

293 In den letzten Jahren haben sich die Bedingungen zur Mehrung des Wohlstandes verschlech-
294 tert: Während die weltweite Konjunktur an Fahrt verloren hat, fordern politisch initiierte,
295 manche Branchen brachial treffende Umbrüche – wie die „Klimarettung“ – immense Investi-
296 tionen und Umstrukturierungen und schwächen die Basis der deutschen Wirtschaft. Gleich-
297 zeitig liegt Deutschland gemäß einer Studie der Europäischen Zentralbank bei diversen Wohl-
298 standsindikatoren im europäischen Vergleich auf den hinteren Plätzen.

299 In dieser Situation legt die Corona-Pandemie die internationale Wirtschaft zeitweise weitge-
300 hend lahm und führt zu einem dramatischen Rückgang der Wertschöpfung. Aufgrund der Ex-
301 portorientierung und von internationaler Arbeitsteilung abhängigen deutschen Volkswirt-
302 schaft ist unser Land ganz besonders von den weltweiten Auswirkungen der Corona-Krise be-
303 troffen.

304 Die AfD will deshalb die Volkswirtschaft auf einen normalen Entwicklungspfad zurückführen.

305 Den Mittelstand entlasten

306 Der deutsche Mittelstand stellt nicht nur einen Großteil der Arbeitsplätze bereit, er bildet auch
307 mit seiner Flexibilität und Erfindungsreichtum einen Stabilitätsanker für unsere Wirtschafts-
308 struktur. Dies schafft er oft ohne staatliche Subventionen und Steuererleichterungen von de-
309 nen Großkonzerne profitieren.

310 Er verkraftet aber nicht die Doppelbelastung durch politisch initiierte Strukturbrüche und
311 pandemiebedingte Einschränkungen. Billionen schwere Rettungspakete können nicht eine Er-
312 holung der Realwirtschaft ersetzen oder über Nacht herbeiführen, stattdessen wird damit nur
313 eine Umverteilung im Sinne der „Großen Transformation“ zum Nachteil unserer Konkurrenz-
314 fähigkeit auf dem Weltmarkt vorangetrieben.

315 Politisch induzierte Belastungen aussetzen

316 Wir wollen die Wirtschaft von politisch herbeigeführten Belastungen komplett befreien. Dafür
317 wollen wir, wo nötig, auch die Rechtslage anpassen. Davon unbenommen setzen wir uns auf
318 nationaler Ebene für eine Entschädigung der Wirtschaftssektoren ein, die von den Corona-
319 Maßnahmen besonders betroffen sind.

320 Technologieführerschaft mit „Blue-Deal“

321 Der deutsche Erfindergeist ist legendär. Heute sind Erfinder aber mobil und wandern oft aus,
322 da sie hier mit Auflagen gegängelt werden und nicht die Entwicklungsunterstützung und Geld-
323 geber finden, die den Aufbau eines Unternehmens fördern.

324 Diese Entwicklung müssen wir umkehren. Wir wollen mit einem Blue-Deal-Entwicklungsplan
325 Investitionen in Technologieführerschaft entfesseln:

- 326 • Schulbildung, Hochschulbildung und Forschung verstärkt auf MINT-Fächer ausrichten.
- 327 • Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte fördern.
- 328 • Selbständigkeit und Erfindergeist fördern und die Dynamik kleiner innovativer Einheiten
329 nutzen.

330

331 Technologische und wirtschaftliche Zukunftschancen sehen wir beispielsweise

- 332 • im Wiederaufbau eines nationalen pharmazeutisch-medizinischen Kompetenz-Clusters,
- 333 • in Aufstellung und Umsetzung eines Entwicklungsplans Quantencomputing,
- 334 • in der Entwicklung von Technologien und Geschäftsmodellen zur Weltraumnutzung,
- 335 • Rahmenbedingungen für Investitionen im Inland verbessern,
- 336 • die Infrastruktur auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen,
- 337 • Staatseingriffe in den Energiemarkt beenden, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland
338 international wettbewerbsfähig bleibt.

339

340 Rahmenbedingungen verbessern, Bürokratie abbauen, den Staat effizienter machen:

- 341 • Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts,
- 342 • Benachteiligung des Mittelstands gegenüber multinationalen Großkonzernen beenden,
- 343 • Verlässliche rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen sicherstellen,
- 344 • Bürokratie abbauen,
- 345 • Regulierungen und Subventionen überprüfen und, wo möglich, abbauen bzw. zeitlich be-
346 fristen,
- 347 • die wirtschaftsrelevanten Rechtsgebiete auf Streit anfälligkeit überprüfen und reduzieren.

348 Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer „Industriepolitik“

349 Die Bundesregierung betätigt sich zunehmend als Unternehmer in einer unternehmerischen
350 Rolle. Sie nimmt direkten Einfluss auf Unternehmen und Innovationen und versucht die Wirt-
351 schaft durch Vorgaben und Subventionen zu steuern. Diese Art von Staatswirtschaft führt re-
352 gelmässig in den wirtschaftlichen Niedergang. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft von Lud-
353 wig Erhard wiederbeleben und Wohlstand für alle schaffen. Die Aufgabe des Staates soll die
354 Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen
355 den Marktmechanismus schädigenden Einflüsse sein. Der Schutz vor Wettbewerb, die von der
356 Bundesregierung propagierte Schaffung „europäischer Monopole“ oder staatlich verordneten
357 Preiserhöhungen für vermeintlich gute Zwecke gehören sicher nicht dazu.

358

Euro und EU sind gescheitert

359 Die seit 30 Jahren laufende, schleichende Umwandlung des Staatenbunds Europa in einen EU-
360 Zentralstaat ist von den europäischen Völkern nie gewollt oder demokratisch legitimiert wor-
361 den. Der Euro besitzt nicht die institutionelle Grundlage, die unabdingbare verfassungsrecht-
362 liche Voraussetzung für seine Legitimität wäre. Die EU geriert sich heute als Bundesstaat –
363 und nicht mehr als Staatenbund souveräner Nationalstaaten.

364 Die Geschäftsgrundlage des Euro ist ebenfalls schon seit über zehn Jahren zerstört. Mit der
365 Corona-Krise sind nun auch noch die letzten Hemmungen zum Verfassungsbruch gefallen. Wir
366 erleben heute eine vertragswidrige, sogar sozialistische Gemeinschaftshaftung, Transferzah-
367 lungen und eine Verschuldung auf Ebene der EU, sowie eine verbotene Staatsfinanzierung und
368 mandatswidrige Wirtschaftspolitik durch die EZB – alles weitgehend auf Deutschlands Kos-
369 ten.

370 Deutschland muss aus dem untergehenden Euro-System austreten

371 Die AfD steht auch in der Währungspolitik für ein auf sozialer Marktwirtschaft und nationaler
372 Eigenverantwortung basierendes, freundschaftliches Miteinander der EU-Mitgliedsstaaten.

373 Die Grundlage der Eurowährung war: Vermeidung überbordender Schulden in allen EU-Staa-
374 ten und keine Haftung der Staaten untereinander. Beide Regeln werden permanent gebrochen.
375 Der Euro wird heute jeden Tag mit Milliardenbeträgen „gerettet“. Dies über billionenschwere
376 Garantien, Bürgschaften und sogar direkte Geldgeschenke an „notleidende“ Staaten; über „Fa-
377 zilitäten“, „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“, „Next-Generation-EU“-Fond, „Europäische Sta-
378 bilitäts-Mechanismen“, EU-Kurzarbeiterprogramme, zinsfreie Kredite, Verrechnungskredite
379 (Target2), Aufkäufe von Staatsanleihen durch das EZB-Notenbanksystem. All diese Maßnah-
380 men sind ebenso wie geplante EU-Steuern illegal, da sie gegen die Verbote der monetären
381 Staatsfinanzierung oder der gegenseitigen Haftungsübernahme verstoßen.

382 Deshalb muss Deutschland diese „Transferunion“ aufkündigen und den Irrweg der Dauerret-
383 tung durch Wiedereinführung einer nationalen Währung beenden, ggf. unter paralleler Beibe-
384 haltung des Euro oder einer ECU-ähnlichen flexibleren Verrechnungseinheit. Jede weitere
385 Teilnahme an der „Rettungspolitik“ kommt einer Insolvenzverschleppung auf Kosten künfti-
386 ger deutscher Steuerzahler gleich.

387 Keine Schuldenaufnahme durch die EU, Hilfskredite nur auf nationaler

388 Ebene

389 Die EU beabsichtigt, entgegen dem Wortlaut der EU-Verträge eigene Schulden aufzunehmen,
390 wobei die Mittel, die durch Neuverschuldung beschafft werden, anschließend von EU-Büro-
391 kraten über unzählige, zumeist ideologisch motivierte Projekte nach Gutsherrenart ausgege-
392 ben werden. Die Mithaftung Deutschlands für diese von der EU aufgenommenen Kredite, die
393 weitgehend den Euro-Krisenländern zugutekommen werden, führt zwangsläufig zu einer Ver-
394 schlechterung der Bonität Deutschlands.

395 Die AfD fordert eine sofortige Einstellung jeglicher Kreditaufnahme der EU, die zu Lasten
396 künftiger deutscher Generationen gehen würde. Wenn Kredite zur Abmilderung der Folgen

397 von überzogenen Corona-Maßnahmen der Regierung aufgenommen werden, dann darf dies
398 ausschließlich auf nationaler Ebene geschehen.

399 **Zusätzliche Inflationierung durch überzogene Corona-Maßnahmen been-** 400 **den**

401 Durch die konzeptlose Politik der Bundesregierung, der EU und der EZB in der Corona-Krise
402 drohen gleichzeitig eine wirtschaftliche Depression und eine massive Teuerung, da große Teile
403 der „Corona-Förderprogramme“ unproduktiv sind und als reine Geldmengenausweitung in
404 den Konsum fließen, der auf der Angebotsseite nicht befriedigt werden kann.

405 Die AfD fordert, die Corona-bedingten Ausgabenprogramme und die dazugehörige Verschul-
406 dung auf das notwendige Maß zu beschränken. Die Bundesregierung darf keinen EU-Corona-
407 Programmen zustimmen, für die Deutschland nur mithaftet, wenig Leistung daraus erhält und
408 durch die drohende Inflation zusätzliche Schäden erleiden wird.

409 **EZB-Nullzinspolitik beenden**

410 Die EZB sollte eine zweite Deutsche Bundesbank sein. Stattdessen betreibt sie eine Währungs-
411 politik der wirtschaftsfeindlichen Null- und Negativzinspolitik. Diese zerstört langfristig alle
412 kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte kapi-
413 talgedeckte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen. In-
414 zwischen fehlen über die vergangenen Jahre mehr als 500 Mrd. Euro für die Altersvorsorge
415 der Deutschen. Die Negativzinspolitik der EZB führt dazu, dass nicht mehr wettbewerbsfähige
416 Unternehmen als „Zombies“ im Markt verbleiben und den gesunden Unternehmen einen un-
417 fairen Wettbewerb liefern.

418 Nullzinsen führen zu gravierender Kapitalfehlallokation in der Realwirtschaft. In Deutschland
419 könnten inzwischen 20% bis 50% der Firmen ihre Kapitalkosten in einem normalen Zinsum-
420 feld nicht mehr verdienen. Das wird wegen der permanenten, staatlich noch geförderten In-
421 solvenzverschleppung durch die Bundesregierung nach wenigen Jahren zu kaskadenartigen
422 Zusammenbrüchen sogar von noch gesunden Unternehmen und in eine umfassende Depres-
423 sion führen. Negativzinsen führen außerdem zu weiteren volkswirtschaftlichen Schäden, weil
424 der deutsche Kapitalstock von vielen Billionen nicht rentabel eingesetzt werden kann.

425 Die durch die EZB-Politik verursachte Wechselkursabwertung und die Preisexplosion am Ak-
426 tien- und Immobilienmarkt zerstören die Kaufkraft, wovon insbesondere Arbeitnehmer und
427 Rentner betroffen sind. Die Zins-Manipulation treibt Immobilienpreise hoch und damit auch
428 die Mieten. Negativzinsen enteignen Sparer, Mieter und Rentner und führen langfristig zu Al-
429 tersarmut.

430 Weiterhin führt die EZB-Politik zur Zerstörung der Märkte für Anleihen. Während die Deut-
431 sche Bundesbank nur einmal in 50 Jahren Staatsanleihen angekauft hat, ist das für die EZB
432 seit 2015 das tägliche „Geschäftsmodell“. Per Ende 2020 hatte sie für fünf Billionen Euro staat-
433 liche und private Anleihen erworben; zu großen Teilen betreibt die EZB dabei auch noch ideo-
434 logische und verbotene Wirtschaftspolitik. Diese suprastaatliche „Rettungspolitik“ verletzt gel-
435 tendes EU-Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank und das
436 Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten. Die Rettungspolitik verstößt zudem

437 gegen alle seit den 1990er-Jahren gegebenen Zusicherungen, „niemals eine Haftung Deutsch-
438 lands für andere Staaten“ zuzulassen.

439 Die AfD fordert eine Rückkehr zum Recht: (1) Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des
440 freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden, (2) keine Staatsfinanzierung durch die EZB,
441 (3) keine faktische Vergemeinschaftung der Schulden, (4) Beschränkung der EZB auf reine
442 Geldpolitik, (5) keine heimliche und hoch ideologische Wirtschaftspolitik über „Green Deal“
443 und Anleihekäufe und (6) Ende der Nullzins-Politik und der EZB-Anleihekaufprogramme.

444 Wohlstand und sozialer Frieden in Europa durch Wiedereinführung natio- 445 naler Währungen

446 Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit derzeit 19 sehr unterschiedlich leistungsfähigen
447 Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch
448 sozial funktionieren. Die Arbeitslosigkeit ist seit Jahren im Süden Europas erschreckend hoch
449 als Folge der fehlenden bzw. verloren gegangenen Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder inner-
450 halb des Euro-Korsetts. Auch die soziale Euro-Krise ist ein systemisches Problem. Die Lösung
451 besteht in der Wiedereinführung der nationalen Währungen, in denen sich die Leistungen der
452 jeweiligen Volkswirtschaften widerspiegeln.

453 Durch nationale Währungen wird jeder Staat wieder für seine Wirtschafts-, Währungs- und
454 Finanzpolitik verantwortlich und erhält damit seine politische Souveränität zurück. Damit
455 sind auch die internen Konflikte in der Euro-Zone gelöst: Keinem früheren Euroland müssen
456 danach noch strenge Vorgaben gemacht werden, um seine im Euro-Korsett verloren gegangene
457 Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen.

458 Die Staaten können ihre Wettbewerbsfähigkeit dann wieder, wie vor der Euro-Einführung,
459 durch eigene Entscheidung über die Veränderung des Wechselkurses wiederherstellen. Die
460 wiedereingeführte Deutsche Mark würde ihre hohe Kaufkraft gegenüber den anderen Ländern
461 analog zur hohen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wiedergewinnen. Die mit dieser
462 Kaufkraftstärkung verbundene Senkung der Importpreise würde wieder zu steigender Kauf-
463 kraft und damit zu Realeinkommen führen, die der gesamten deutschen Volkswirtschaft zu-
464 gute kommt und nicht nur, wie derzeit, einigen Exportfirmen.

465 Der ehemalige Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schiller hatte dies einst so formuliert:
466 „Jede Währungsaufwertung ist eine Sozial-Dividende für das deutsche Volk, denn ihr könnt
467 danach im Supermarkt alles billiger kaufen“.

468 Der AfD ist bewusst, dass die Wiedereinführung der nationalen Währung nicht ohne Umstel-
469 lungs-Belastungen erfolgen kann. Diese werden jedoch niedriger sein als die Kosten des wei-
470 teren Verbleibs im Eurosystem.

471 Erhalt des Bargelds: Bargeld ist Freiheit gegen Enteignung und Totalüber- 472 wachung

473 Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, IWF und EZB wird die
474 Abschaffung des Bargelds vorbereitet. Mit dessen Abschaffung würde die Rolle des Geldes als
475 gebührenfreiem Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargeldes macht im Kri-
476 senfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen

477 enteignende Negativzinsen. Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur
478 noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet dem Staat und Banken die totale Kontrolle
479 über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über alle Finanztransaktionen, unter Um-
480 ständen sogar über Aufenthaltsorte aller Bürger. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der
481 gläserne Mensch – Vollüberwachung bis in private, ja intime Lebensbereiche. Mit einem frei-
482 heitlichen Rechtsstaat sind solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar.

483 Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges
484 bürgerliches Freiheitsrecht und seine Verankerung im Grundgesetz. Die AfD ist nicht prinzi-
485 piell gegen eine von einer Zentralbank herausgegebene digitale Währung, besteht aber darauf,
486 dass die Verfügbarkeit und die Wertaufbewahrungsfunktion des Bargeldes erhalten bleiben.

487 Target-2-Risiko beenden

488 Target-2-Forderungen der Deutschen Bundesbank sind keine „harmlosen, rein technischen
489 Salden“, sondern unbesicherte, derzeit unverzinsten, nicht fällig stellbare Forderungen. Auf der
490 Aktivseite der Bundesbankbilanz belaufen sie sich derzeit über einer Billion Euro. Ihre Beitrei-
491 bung ist mangels Sicherheiten ungewiss. Es gibt eine Reihe wahrscheinlicher Szenarien für
492 eine Ausbuchung dieser Beträge. Target-2-Wertverluste stellen ein hohes Milliarden-Risiko
493 für den Bundeshaushalt bzw. den deutschen Steuerzahler dar. Sicher ist, dass die EZB als An-
494 spruchsgegner der Bundesbank im Falle einer (Teil-)Auflösung der Eurozone die deutschen
495 Target-Forderungen nur noch in abgewerteten Euros oder gar nicht mehr zurückzahlen wird.
496 Wegen der substanzlosen Target-Forderungen kommen die noch immer sehr hohen deutschen
497 Außenhandelsüberschüsse innerhalb der Eurozone der deutschen Volkswirtschaft und den de-
498 ren Bürgern kaum noch zugute.

499 Als Sofortmaßnahme fordert die AfD darum die Bundesregierung und die Deutsche Bundes-
500 bank auf, die bislang geduldete Überbeanspruchung des Verrechnungskontos „Target-2“ zu
501 unterbinden. Die Target-2-Forderungen der Deutschen Bundesbank sind abzuschmelzen, täg-
502 lich auszugleichen, angemessen zu verzinsen und mit Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist
503 auch offen für weitere sinnvolle Vorschläge, die Target-Forderungen zu „monetarisieren“ bzw.
504 nutzbar zu machen. So könnte die Bundesbank z. B. ihre Target-Forderungen am Kapitalmarkt
505 an Investoren weiterverkaufen und die erhaltenen Mittel in ausländischen Aktien, ausländi-
506 schem Gold oder anderen Sachwerte anlegen.

507 Nationale Investitionen

508 Solange der Euro zu Lasten Deutschlands weiterbesteht, kann und sollte auch Deutschland
509 einen großen Teil seines Refinanzierungsbedarfs über die EZB und die EU abwickeln. Notpro-
510 gramm-Mittel sind strikt für Hilfen und Investitionen in Deutschland einzusetzen und wo im-
511 mer möglich über EU oder EZB zu finanzieren. Auch der deutsche Target-Forderungssaldo
512 sollte dafür mobilisiert werden.

513 Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, deutsches 514 Staatsgold vollständig zurück nach Deutschland

515 Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig
516 sein. Bei einer Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte das teilweise im Ausland gela-

517 gerte Staatsgold als temporäre Deckungsoption dienen. Gold ist nach aller historischer Erfah-
518 rung eine potenzielle Deckung für eine neue Währung, was besonders in Krisensituationen
519 bzw. nach Einführung einer neuen Währung zum Vertrauensaufbau relevant wird. Staatsgold
520 muss ohne Gegenparteien- oder Verwahrnisiko im eigenen Land aufbewahrt werden.

521 Die AfD fordert die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte Staatsgold vollständig
522 und umgehend nach Deutschland zu überführen. Zudem fordert die AfD die Herbeiführung
523 eines verfassungsrechtlich abzusichernden bilanziellen Sonderstatus der Goldreserve zur Ab-
524 wehr der Ausbuchungsgefahr aufgrund der sich seit 2007 dramatisch verschlechternden Qua-
525 lität der Bundesbank-Bilanz. Langfristig halten wir eine grundsätzliche Reform des Geldsys-
526 tems für notwendig, hin zu einem freien Währungswettbewerb oder einem goldgedeckten
527 Währungssystem.

528

Außen- und Verteidigungspolitik

529

Die Außenpolitik Deutschlands muss sich an deutschen Interessen

530

ausrichten

531

Deutschland ist als eine der bedeutenden Wirtschafts- und Kulturnationen der Welt daran interessiert, zu allen Staaten gute Beziehungen zu pflegen und das friedliche Zusammenleben der Völker zu fördern.

532

533

534

Die AfD bekennt sich zu den Werten der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht durch die Agenden zwischenstaatlicher Organisationen, von NGOs und durch den Machtzuwachs großer, global agierender Konzerne ausgehöhlt werden.

535

536

537

538

Die internationalen Beziehungen befinden sich im Umbruch hin zu einer multipolaren Weltordnung. Sicherheitspolitisch ist dabei langfristig die Erlangung strategischer Autonomie für Deutschland und seine europäischen Partner anzustreben. In diesem Rahmen muss Deutschland seine Rolle in Europa verantwortungsbewusst wahrnehmen.

539

540

541

542

Die Vergemeinschaftung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und den europäischen Auswärtigen Dienst lehnt die AfD ab.

543

544

Eine stabile europäische Friedensordnung bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland. Dabei sind die legitimen Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten zu berücksichtigen.

545

546

547

Auch die Vereinten Nationen sind so zu reformieren, dass den veränderten Gewichtungen in der Welt Rechnung getragen wird. Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat sowie die Abschaffung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen an und wollen den Global Compact for Migration aufkündigen.

548

549

550

551

Die AfD fordert eine strikte Einhaltung des Nichteinmischungsgebots in innere Angelegenheiten von Staaten, auch durch nichtstaatliche Akteure. Die Rolle der OSZE bei der Stabilisierung von Krisenregionen in Europa und seiner Peripherie muss hingegen ausgebaut werden.

552

553

554

Wir setzen uns nachdrücklich für die Stärkung und Erweiterung der Kontrollmechanismen in der nuklearen und konventionellen Rüstung ein sowie für die Neuverhandlung kürzlich ausgesetzter Verträge (INF, Open Skies).

555

556

557

Der islamistische Terrorismus stellt weiterhin eine ernste Bedrohung der internationalen Staatengemeinschaft dar. Er muss mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln bekämpft werden.

558

559

560

Das Verhältnis zu wichtigen Staaten im Wandel der Geopolitik

561

Die Mitgliedschaft in der NATO und eine aktive Rolle Deutschlands in der OSZE sind bis auf Weiteres zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie.

562

563

Die NATO muss aber wieder ein reines Verteidigungsbündnis werden. Die AfD tritt dafür ein, das Einsatzgebiet der NATO auf das Gebiet der Bündnisstaaten zu begrenzen.

564

565 Die USA sind derzeit der stärkste Bündnispartner Deutschlands. Leitbild der Beziehungen zwi-
566 schen unseren Ländern muss die Gleichberechtigung beider Partner sein. Sanktionsmaßnah-
567 men der USA gegen Deutschland sind nicht hinnehmbar.

568 Im Einklang mit den US-Forderungen nach einer gerechten Verteilung der Lasten und den
569 europäischen Bestrebungen nach mehr Mitsprache in der NATO ist es nur folgerichtig und im
570 deutschen Interesse, die europäische Säule der NATO zu stärken.

571 Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden
572 in Europa. Es liegt im deutschen und europäischen Interesse, Russland in eine sicherheitspo-
573 litische Gesamtstruktur einzubinden.

574 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme regelmäßiger Gespräche im Rahmen des NATO-Russ-
575 land-Rats ein. Ferner soll die Erweiterung und Vertiefung der vertrauens- und sicherheitsbil-
576 denden Maßnahmen, die Kooperation im Bereich der Rüstungskontrolle und der Verzicht auf
577 den Ausbau militärischer Infrastruktur in unmittelbarer Nähe der jeweiligen Interessenberei-
578 che der Entspannung dienen.

579 Die AfD tritt für die Aufhebung der EU-Sanktionen und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehun-
580 gen zu Russland ein. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Gasleitung Nord Stream 2
581 halten wir für unverzichtbar.

582 Die Volksrepublik China gewinnt für Deutschland vor allem als Handelspartner an Bedeutung.
583 Mit dem Projekt der „Neuen Seidenstraße“ hat China ein Jahrhundertvorhaben gestartet. Um
584 hier mitgestalten zu können, setzt sich die AfD für eine offensive Beteiligung Deutschlands an
585 dem Projekt ein. Die chinesische Seidenstraßen-Strategie von Ost nach West sollte Deutsch-
586 land durch eine Initiative von West nach Ost ergänzen. Das gilt insbesondere für überregionale
587 Infrastrukturprojekte.

588 Die zunehmende Einflussnahme Chinas in der Welt ist eine Herausforderung. Eine Koopera-
589 tion mit China darf nur unter Bedingungen der Gleichberechtigung und Fairness erfolgen. Das
590 setzt insbesondere eine Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und In-
591 vestitionen voraus. Ein weiterer Ausverkauf deutscher bzw. europäischer Technologie muss
592 verhindert werden.

593 Großbritannien wird auch nach dem Brexit wirtschaftlich eng mit Europa verflochten bleiben.
594 Die AfD befürwortet daher die Pflege enger Beziehungen zum Vereinigten Königreich. Mögli-
595 che Blockaden und Strafmaßnahmen seitens der EU lehnen wir ab.

596 Die Beziehungen zur Türkei sind schwierig und müssen neu gestaltet werden. Die Türkei ge-
597 hört kulturell nicht zu Europa. Ihre zunehmende Islamisierung gibt Anlass zur Sorge und zeigt,
598 dass die Türkei sich noch weiter von Europa und der westlichen Wertegemeinschaft entfernt
599 hat. Die AfD lehnt den Beitritt der Türkei zur EU daher ab und fordert das sofortige Ende aller
600 Beitrittsverhandlungen.

601 Wir unterstützen hingegen die Bemühungen der Visegrád-Staaten zur Bewahrung der europä-
602 ischen Identität.

603 Der Westbalkan als wichtiger Teil Europas wird zunehmend zum Interessengebiet fremder
604 Mächte. Um ihn zu stabilisieren, tritt die AfD für engere Beziehungen mit den Ländern der

605 Region ein, ohne dass diese Mitglied der EU werden. Die sicherheitspolitische Zusammenar-
606 beit mit ihnen muss auch in Bezug auf das Migrationsgeschehen vertieft werden.

607 Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands

608 Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, dass ihre Einsatzbereitschaft im Rahmen
609 der Landes- und Bündnisverteidigung gewährleistet ist. Hierfür sind umfangreiche struktu-
610 relle, personelle und materielle Aufbauprogramme und eine adäquate Finanzierung der Bun-
611 deswehr unabdingbar.

612 Die AfD lehnt nukleare Erstschlagvorbehalte ab und setzt sich für die globale Abschaffung von
613 ABC-Waffen ein. Ziel muss der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, aber auch der auf
614 Deutschland gerichteten atomaren Kurzstreckenwaffen sein. Damit würde die nukleare Teil-
615 habe der Bundesrepublik obsolet.

616 Die AfD fordert außerdem den Erhalt einer autonomen und leistungsfähigen wehrtechnischen
617 Industrie in Deutschland. Insbesondere den neuen hybriden Bedrohungen und den Cyberat-
618 tacken staatlicher und nichtstaatlicher Akteure muss durch eine massive Stärkung der Bun-
619 deswehr auf diesem Gebiet Rechnung getragen werden.

620 Über mehr als fünf Jahrzehnte hat die Wehrpflichtarmee der Bundesrepublik Deutschland
621 gute Dienste geleistet und für eine Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft gesorgt.

622 Die AfD tritt daher für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht ein. Frauen sowie Männer, die
623 sich für den Wehrdienst entscheiden, sind von der Ableistung eines allgemeinen Gemein-
624 schaftsdienstjahres, das wir einführen wollen, befreit.

625 Der Gemeinschaftsdienst soll im Bereich Pflege, Technisches Hilfswerk oder der Feuerwehr
626 geleistet werden.

627 Um Loyalitätskonflikte zu vermeiden, soll der Dienst in den Streitkräften ausschließlich deut-
628 schen Staatsbürgern vorbehalten bleiben.

629 Entwicklungspolitik: Stabilität als Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse

630 Die AfD fordert einen grundsätzlichen Strategiewechsel in der Entwicklungspolitik, welcher
631 auch deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Rechnung trägt.

632 Entwicklungspolitik wird vom Prinzip der Eigenverantwortung, der Achtung des Rechts auf
633 staatliche Selbstbestimmung und dem Respekt vor der kulturellen Identität aller Partner ge-
634 tragen. Hilfe soll Hilfe zur Selbsthilfe sein – und keine Unterstützung korrupter Systeme.

635 Deutschland ist mit über 21 Milliarden Euro das zweitwichtigste Geberland für Entwicklungs-
636 hilfe weltweit. Dabei sollte die deutsche und europäische Entwicklungspolitik einen realisti-
637 schen Blick auf die Bevölkerungsexplosion in Afrika wahren (von 1,2 Milliarden Einwohnern
638 in 2015 auf 2,4 Milliarden in 2050), die auch durch eine optimierte Entwicklungspolitik von
639 außen kaum beeinflusst werden kann.

640 Aufgrund der begrenzten Mittel soll vielmehr eine auch an deutschen Interessen orientierte
641 Entwicklungspolitik auf ausgewählte Länder konzentriert werden. Wichtige Kriterien sind da-
642 bei (a) ein niedriger Korruptionsindex, (b) der pflegliche Umgang mit früheren Entwicklungs-

643 projekten, (c) Eigenanstrengungen im Bildungsbereich, (d) die Offenlegung der Staatsein-
644 künfte, insbesondere aus Bodenschätzen und (e) der bisherige Beitrag des Empfängerlandes
645 zur regionalen Stabilität. Außerdem ist die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Bereit-
646 schaft zur Rücknahme illegaler bzw. nicht berechtigter Migranten zu knüpfen.

647 Um dieses Konzept umsetzen zu können, will die AfD im Rahmen der EU-Reform die Entwick-
648 lungspolitik wieder ganz auf die nationale Ebene der Mitgliedstaaten verlegen.

649 Deutschland muss seine wirtschaftlichen Stärken ausbauen

650 Die Weltwirtschaft befindet sich heute im Spannungsfeld zwischen einem weiteren Ausbau der
651 globalen Verflechtungen oder ihrer maßvollen Rückführung in dezentrale, regional fokussierte
652 Wertschöpfungsstrukturen.

653 Deutsche Außenhandelspolitik muss dabei einen diskriminierungsfreien Zugang zu ausländi-
654 schen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen gewährleisten. Das schließt den
655 Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege mit ein.

656 Ihre Kernaufgabe ist es daher, verlässliche Handelsregeln zu erhalten und gemäß den Interes-
657 sen unseres Landes weiterzuentwickeln. Ideologisch motivierte Alleingänge, wie das Lieferket-
658 tengesetz, lehnen wir ab.

659 Wir fordern außerdem eine stärkere Kontrolle und Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher
660 und verteidigungspolitischer deutscher Interessen bei der Übernahme deutscher Unterneh-
661 men durch ausländische Konzerne und Finanzinvestoren. Sicherheitsrelevante und grundver-
662 sorgungsrelevante Bereiche müssen vor Übernahmen geschützt werden.

663 Entscheidungen ausländischer nationaler Gerichte mit extraterritorialer Wirkung betrachten
664 wir als nichtig, einseitig verhängte Sanktionen gegen Wirtschaftsprojekte unseres Landes als
665 völkerrechtswidrig.

666 Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands

667 Die AfD will deutsche Kultur und Sprache im Ausland in deutlich stärkerem Maße als bisher
668 fördern. Die deutschen Auslandssender, die Goethe-Institute und verschiedenen Kulturpro-
669 jekte sollen ein positives Bild Deutschlands in der Welt vermitteln. Dabei können sowohl ak-
670 tuelle Entwicklungen in den Wissenschaften und Künsten als auch unser reiches kulturelles
671 Erbe für unser Land werben. Angesichts zunehmender Mobilität im Arbeitsleben ist hierbei
672 auch an die Deutschen im Ausland und deren Kinder zu denken, die in ihrer Muttersprache
673 informiert werden wollen. Der Auftrag der Deutschen Welle und der Goethe-Institute, als Mitt-
674 ler deutscher Sprache und Kultur zu fungieren, darf nicht verwässert werden.

675 Die Auswärtige Kulturpolitik Deutschlands muss außerdem das Ziel verfolgen, zu anderen Völ-
676 kern und Staaten Brücken zu bauen. Wirtschaft, Politik, Kultur und nicht zuletzt der Touris-
677 mus profitieren davon. Ein besseres Verständnis für unsere kulturellen Werte, Traditionen
678 und Geschichte kann Vertrauen schaffen und Deutschland als zuverlässigen Partner empfeh-
679 len.

680 Der Schutz und Ausbau der Sprachkenntnisse in Gebieten mit deutschen Minderheiten erfor-
681 dern besondere Beachtung und Förderung. Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur Fürsorge-
682 pflicht Deutschlands gegenüber deutschen Minderheiten und wird deren Interessen im Rah-
683 men ihrer Politik nachdrücklich unterstützen.

684 In den europäischen Institutionen muss die deutsche Sprache gemäß ihrer rechtlichen Stellung
685 und ihrer Verbreitung auch tatsächlich den Verfahrenssprachen Englisch und Französisch
686 gleichgestellt werden. Durch den Austritt Großbritanniens aus der EU hat diese Forderung
687 noch mehr Nachdruck erhalten.

Innere Sicherheit

689 Der Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche war der vor-
690 läufige Tiefpunkt einer ganzen Serie von Ereignissen, die zeigen, dass es um unsere Sicherheit
691 schlecht bestellt ist. Die Gewaltexzesse der linksextremen „Antifa“ und migrantischer Jugend-
692 banden in den Straßen unserer Städte machen deutlich, wie sehr die innere Sicherheit Schaden
693 genommen hat. Zunehmende Straßengewalt, Terror und Kriminalität sind jedoch keine Na-
694 turereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss. Sie sind menschengemacht und haben Ur-
695 sachen, die man bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun.

Wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität

697 Der erhebliche Anteil von Ausländern insbesondere bei der Gewalt- und Drogenkriminalität,
698 aber auch bei öffentlichen Unruhen, führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maß-
699 nahmen. Insbesondere können sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Abschiebungshin-
700 dernisse berufen und sind auf diese Weise von Abschiebung verschont. Wir fordern daher (a)
701 die Erleichterung der Ausweisung, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Aus-
702 weisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität, (b) die Ausweisung bereits durch die Straf-
703 gerichte, (c) die Ermöglichung der Unterbringung nicht abgeschobener Krimineller im Aus-
704 land, (d) die Schaffung der Möglichkeit, Gefährder, insbesondere Terroristen, solange in Haft
705 zu nehmen, wie sie im Inland sind und von ihnen eine erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit
706 ausgeht.

707 Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhindern durch die Ablehnung des Erwerbs
708 der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, weil hierdurch u.a. Angehö-
709 rige krimineller Clans automatisch zu deutschen Staatsbürgern werden können, die Abschaf-
710 fung des einklagbaren Anspruchs auf Einbürgerung und die Verschärfung der Ausschluss-
711 gründe für Einbürgerung bei Kriminalität.

712 Bei schwerer Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung (Mitwir-
713 kung in Terrororganisationen, Zugehörigkeit zu kriminellen Clans) ist die Einbürgerung zu-
714 rückzunehmen. Hierzu ist Art. 16 Abs. 1 GG entsprechend anzupassen.

Vollstreckung im Ausland

716 Zur Entlastung der Justizvollzugsanstalten sind für ausländische Straftäter Vereinbarungen
717 mit möglichst heimatnahen Staaten zur Einrichtung von Vollzugsanstalten zu treffen, die den
718 Anforderungen der europäischen Menschenrechtskonvention entsprechen. Diese sollen unter
719 deutscher Leitung und der Anwendung deutschen Rechts stehen.

Jugendstrafrecht

721 Die Sicherheitslage verschärft sich vor allem in Ballungsgebieten dramatisch. Eine besondere
722 Rolle hierbei spielen gerade junge Täter, denen derzeit ein geradezu zahnloses Recht gegen-
723 übersteht. Erzieherische Erfolge in diesem Segment lassen sich erfahrungsgemäß nur durch
724 sofortige Inhaftierung der Täter schwerer Delikte erreichen. Wir fordern daher eine entspre-
725 chende Änderung der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Haftrechts. Wegen der immer
726 früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre

727 abgesenkt und mit dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenenstrafrecht Anwen-
728 dung finden.

729 Reform der Polizei

730 Die öffentliche Sicherheit ist trotz großen persönlichen Einsatzes der Polizeibeamten in Bund
731 und Ländern nicht angemessen gewährleistet: Personalmangel, strukturelle Unzulänglichkei-
732 ten, unzureichende Ausrüstung und Bewaffnung treffen auf schlechte Bezahlung und zum Teil
733 empörend miserable soziale Absicherung. Durch höchst unterschiedliche Arbeitsbedingungen
734 machen sich Bund und Länder zudem untereinander Konkurrenz und jagen sich gegenseitig
735 die besten Beamten ab. Damit muss endlich Schluss sein.

736 Die AfD fordert eine Neustrukturierung der Bundespolizeien unter einheitlicher Führung (a)
737 eine Überführung der Bereitschaftspolizeien der Länder in die Bundespolizei, (b) eine bundes-
738 weit gleiche Bezahlung für Polizei, Soldaten und Rettungsdienste mit einer der jeweiligen Ge-
739 sundheits- bzw. Lebensgefährdung angemessenen Zusatzvergütung, (c) die Zahlung angemes-
740 sener Vergütungen für Überstunden und Sondereinsätze, (d) bundeseinheitliche Uniformen,
741 Bewaffnung und Ausrüstung, u. a. Körperkameras und Elektroschockpistolen, (e) bundesein-
742 einheitliche Dienstvorschriften, (f) die Übernahme der Dienstunfähigkeits- und Diensthaf-
743 pflichtversicherung durch den Dienstherrn sowie (g) die Anpassung der Witwen- und Waisen-
744 renten in Höhe der Pensionsansprüche des Endamtes bei Tod durch qualifizierten Dienstun-
745 fall.

746 Fahndungsmöglichkeiten verbessern

747 Zur Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten sollen die Polizeibehörden an kriminalitäts-
748 neuralgischen Plätzen und Gebäuden eine Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoft-
749 ware einsetzen können. Bei der Fahndung nach unbekanntem Tätern soll es erlaubt werden,
750 vorhandenes DNS-Spurenmaterial auch auf biogeografische Merkmale der gesuchten Person
751 untersuchen zu lassen, um zielgerichtete Fahndungsmaßnahmen zu ermöglichen. Durch zw-
752 ischenstaatliche Vereinbarungen soll erreicht werden, dass auch der Polizeibeamte im Einsatz
753 in die Lage versetzt wird, festzustellen, ob und ggf. welche Ermittlungs- und Strafverfahren
754 gegen eine kontrollierte Person im Ausland anhängig waren und sind.

755 Organisierte Kriminalität bekämpfen

756 Die Organisierte Kriminalität (OK) wollen wir entschieden und nachhaltig bekämpfen. Durch
757 kriminelle Aktivitäten erworbene Vermögen müssen eingezogen werden. Das geschieht bisher
758 noch nicht in zufriedenstellender Weise. Die schon bestehenden rechtlichen Instrumente da-
759 für müssen besser genutzt und weiterentwickelt werden.

760 Die Mehrzahl der Täter im Bereich der Organisierten Kriminalität sind Ausländer. Ihre Aus-
761 weisung muss vereinfacht werden. Deshalb ist für diesen Personenkreis die OK-Zugehörigkeit
762 als Ausweisungsgrund einzuführen.

763 Sicherheit der Bürger verbessern

764 Auf Vorschlag der EU-Kommission hat das EU-Parlament in Reaktion auf die Terroranschläge
765 von Paris im November 2015 die EU-Feuerwaffenrichtlinie geändert. Damit kommt es zu einer
766 weiteren Verschärfung des Waffenrechts. Betroffen von der Verschärfung des ohnehin schon

767 restriktiven Waffenrechts sind vor allem Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Illegale,
768 für terroristische Anschläge benutzte Waffen werden davon nicht erfasst. Die Umsetzung der
769 EU-Feuerwaffenrichtlinie lehnen weiterhin wir ab.

770 Statt Legalwaffenbesitzer zu kriminalisieren, ist dem illegalen Waffenbesitz und -handel ein
771 Riegel vorzuschieben.

772 **Strafjustiz verbessern**

773 Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine Stärkung
774 unseres Rechtssystems und für einen effektiven Rechtsschutz der Bürger ein.

775 Im Einzelnen wollen wir die Verfahren beschleunigen und dafür (a) die noch aus dem 19. Jahr-
776 hundert stammende Prozessordnung modernisieren, (b) mehr Personal für das Justizwesen
777 einstellen, (c) Schwerekriminalität durch Erleichterung der Inhaftnahme wirkungsvoller be-
778 kämpfen, (d) weniger Strafen zur Bewährung aussetzen und (e) das Mindeststrafmaß bei „Mes-
779 serdelikten“ erhöhen.

780

Islam

781 Die AfD steht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach Art. 4
782 Grundgesetz. Muslime, die sich integrieren und unsere Grundordnung und die Grundrechte
783 anerkennen, sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft.

784 In unserem säkularen Staat steht staatliches Recht über religiösen Geboten. Soweit der Islam
785 einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, die Rechtsgrundsätze der Scharia
786 auch in Deutschland durchsetzen will und unsere Rechtsordnung nicht voll anerkennt oder
787 sogar bekämpft, ist er mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht
788 vereinbar und gefährdet den inneren Frieden.

789 Eine Kritik des Islams ist wie jede andere Religionskritik legitimiert durch das Grundrecht auf
790 freie Meinungsäußerung. Es ist inakzeptabel, die Kritik am Islam durch den Vorwurf der „Is-
791 lamophobie“ oder des „Rassismus“ zu unterdrücken.

792 Jüdisches Leben wird in Deutschland nicht nur von Rechtsextremisten, sondern zunehmend
793 auch von juden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht. Angriffe auf Juden sowie antisemi-
794 tische Beleidigungen müssen konsequent strafrechtlich geahndet werden. Die Al-Quds-Tage
795 in Berlin, wo Demonstranten die Zerstörung Israels fordern, sind dauerhaft zu verbieten.

796 Die vom Verfassungsschutz als sehr hoch eingeschätzte Terrorgefahr durch Dschihadisten ist
797 eine ständige Bedrohung unseres Lebens und Friedens.

798 Die Bildung von „Parallelgesellschaften“, in denen muslimische „Friedensrichter“ die Rechts-
799 vorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Recht-
800 sprechung unterlaufen, werden wir unterbinden. Rechtsgrundsätze der Scharia dürfen in kei-
801 ner Weise Anwendung in der deutschen Rechtsprechung finden. Zudem muss der Machtan-
802 spruch großer Familienclans durch konsequenten Einsatz der Ermittlungsbehörden und des
803 Strafrechts gebrochen werden. Kriminelle Clan-Mitglieder sind abzuschieben.

804 Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen in Deutschland durch islamische Staa-
805 ten wollen wir gesetzlich verbieten. Die Kooperation deutscher Behörden mit der türkisch-is-
806 lamischen Anstalt für Religion (DITIB), die Teil der türkischen Religionsbehörde ist, will die
807 AfD beenden. Die Verleihung des Status als Körperschaft öffentlichen Rechts an islamische
808 Organisationen lehnen wir ab.

809 Islamische Vereine, die sich gegen das Grundgesetz und die Völkerverständigung richten, wie
810 z.B. die Muslimbruderschaft, müssen gemäß Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz verboten werden. In
811 Deutschland predigende Imame sollen sich zu unserer Verfassung bekennen und möglichst in
812 deutscher Sprache predigen. Sie müssen bei der Zulassung ein Zertifikat B2 für die deutsche
813 Sprache des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen vorweisen können.

814 Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stel-
815 len der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen. Im konfessionsgebundenen Re-
816 ligionsunterricht an staatlichen Schulen soll kein Islamunterricht stattfinden, vielmehr eine
817 sachliche Islamkunde im Ethikunterricht.

818 Minarett und Muezzinruf sind mit einem toleranten Nebeneinander der Religionen, wie es die
819 christlichen Kirchen praktizieren, nicht vereinbar.

- 820 Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Be-
821 reichen ihre Gleichberechtigung mit dem Mann.
- 822 Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir in Deutschland untersagen,
823 vergleichbar den Regelungen in Frankreich, Österreich, Dänemark und den Niederlanden.
- 824 Das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen soll im Öffentlichen Dienst generell nicht gestat-
825 tet und in öffentlichen Schulen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen getragen werden.
- 826 Um Polygamie und Zwangsheiraten von Muslimen zu unterbinden, fordert die AfD, das Verbot
827 der religiösen Trauung ohne vorherige standesamtliche Eheschließung wieder in Kraft zu set-
828 zen. Den Jobcentern sind die Personenstandsregister der Standesämter zugänglich zu machen,
829 um mißbräuchliche Inanspruchnahme von Hartz IV durch Zweit- oder Drittfrauen zu verhin-
830 dern. Eheverträge dürfen nur nach deutschem Recht vor einem Notar geschlossen werden kön-
831 nen.

832 Migration, Asyl und Integration: Human handeln – 833 Deutschland schützen

834 Das Problem der Überbevölkerung kann durch Migration nicht gelöst
835 werden

836 Noch nie gab es global mehr Flüchtlinge als im Jahr 2019 mit 80 Millionen Menschen. Und
837 das enorme Bevölkerungswachstum südlich des europäischen Kontinents wird den Zuwande-
838 rungsdruck auf Europa weiter erhöhen. Die Aufnahme auch nur eines kleinen Teils dieses
839 Wanderungspotentials würde bereits in die Millionen gehen. Deutschland würde dadurch end-
840 gültig destabilisiert, die globale Not jedoch kaum gelindert werden.

841 Asylmissbrauch beenden

842 Das derzeitige Asylsystem gleicht einer dysfunktionalen und willkürlichen Lotterie. Finanzielle
843 Fehlanreize und unterlassene Abschiebungen führen zu illegaler Migration, Schleuserkrimina-
844 lität und zahlreichen Todesopfern im Mittelmeer. Die meisten dieser Migranten haben sich in
845 der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa gemacht. Die Hilfe für Men-
846 schen in Not muss jedoch von der Aufnahme in Deutschland entkoppelt und in den Krisenre-
847 gionen selbst geleistet werden, wo dies weit effektiver ist und viel mehr wirklich Hilfsbedürf-
848 tige erreicht.

849 Die unlösbaren Folgeprobleme

850 Die desaströsen Folgen der unregulierten Massenzuwanderung seit 2015 sind unübersehbar
851 und verschärfen sich weiter: überproportionale Zuwandererkriminalität, Terroranschläge und
852 islamischer Separatismus belegen dies ebenso wie dreistellige Milliardenkosten, Wohnraum-
853 mangel und die hohe Arbeitslosigkeit unter den Zuwanderern. Erfolgreiche Integration kann
854 und wird so nicht gelingen.

855 Unsere Lösung: Ein Schutzsystem des 21. Jahrhunderts in Anlehnung an das australische Mo-
856 dell

857 Eine existentielle Frage wie die Zuwanderung muss in demokratischer Selbstbestimmung auf
858 nationaler Ebene entschieden werden. Unser Modell für das 21. Jahrhundert hat neben der
859 Ablösung der überholten internationalen Regelwerke, wie der Genfer Flüchtlingskonvention
860 von 1951, folgende Kernpunkte:

- 861 • Fokus auf humanitäre Hilfe in Krisenregionen selbst (intrakontinentale Fluchialternati-
862 ven)
- 863 • Zurückweisung von Asylsuchenden bei Einreise an der Grenze gemäß Art. 16a Abs. 2 S. 1
864 GG
- 865 • Ausschließlich qualifizierte Einwanderung nach australischem Vorbild
- 866 • Humanitäre Aufnahme nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige
867 Personen

868 Solange ein dauerhafter und wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen fehlt und die untaugli-
869 che überstaatliche Rechtslage fortbesteht, muss Deutschland die Kontrolle der Grenzen und
870 die Unterbindung illegaler Grenzüberschreitungen selbst in die Hand nehmen.

871 Wir fordern daher:

- 872 • Einreisen darf künftig nur noch, wem dies erlaubt ist. Zurückweisungen an der Grenze
873 müssen wieder als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst werden.
- 874 • Die Grenzen müssen zur Abwehr unerlaubter Zuwanderung und zur Kriminalitätsbe-
875 kämpfung mit einer modernen und wirksamen Sicherung ausgestattet werden. Dabei
876 muss grenzüberschreitender Pendler-, Urlaubs- und Warenverkehr ohne unzumutbare
877 Einschränkungen gewährleistet sein.
- 878 • Um die „Grüne Grenze“ mit derselben Effektivität überwachen zu können, wird ein um-
879 fassendes und modernes Grenzsicherungskonzept erarbeitet.

880 Asylparadies Deutschland schließen

881 Seit 2015 trägt Deutschland die Hauptlast der illegalen Zuwanderung nach Europa, verursacht
882 durch eine Vielzahl selbstverschuldeter Ursachen. Die AfD hat einen umfassenden Maßnah-
883 menkatalog zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Asylverfahren erarbeitet und
884 wird dessen Umsetzung konsequent einfordern:

- 885 1. Keine pauschalen Zuwanderungskontingente und Umverteilungsquoten, egal ob im nati-
886 onalstaatlichen, europäischen oder außereuropäischen Rahmen (z. B. Resettlement).
- 887 2. Keine Aufnahme von Migrant*innen im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch
888 Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen. Vielmehr muss gemäß dem inter-
889 nationalen Seerecht grundsätzlich eine Ausschiffung der Betroffenen am nächstgelegenen
890 geeigneten Seehafen erfolgen. Die heute praktizierte Form der Seenotrettung wirkt häufig
891 als tödlich endender Pull-Faktor.
- 892 3. Beantragung von Asyl und Eröffnung des Antragsverfahrens nur bei nachgewiesener
893 Identität und Staatsangehörigkeit.
- 894 4. Strenge Bestrafung von Falschangaben im Asylverfahren.
- 895 5. Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten.
- 896 6. Bekämpfung des Mißbrauchs legal erteilter Visa zum Zweck der Asylantragstellung;
- 897 7. Verlust des Schutzstatus nach Reisen Asylberechtigter in ihr Herkunftsland. Wer sein
898 „Verfolgerland“ besucht hat, ist beim Versuch der Wiedereinreise an der deutschen
899 Grenze zurückzuweisen.
- 900 8. Familiennachzug zu Anerkannten nur unter strengen Bedingungen.
- 901 9. Abschaffung des „Spurwechsels“ abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber.
902 Keine Belohnung für illegale Einreise und Verweigerung der Ausreise .
- 903 10. Niederlassungserlaubnis für anerkannte Asylbewerber erst nach 10 Jahren.
- 904 11. Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und –betreuung. Die „Be-
905 ratung und Betreuung“ erfolgt meist durch nichtstaatliche, freie Träger, die ein finanziel-
906 les Interesse an steigenden Flüchtlingszahlen und am Verbleib möglichst vieler Abgelehnter
907 haben. Diese Organisationen zählen zur „Asyl-Industrie“, die sich am Asylsystem be-
908 reichert. Aus Verfahrens- und Rückkehrberatung wird nahezu immer eine Verweige-
909 rungs- und Bleibeberatung. Verfahrensberatung darf nur noch nach § 12 a Asylgesetz und
910 nur durch staatliche Stellen erfolgen.

- 911 12. Keine Arbeitserlaubnis mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber.
912 13. Jährliche Prüfung des Fortbestands von Asylgründen über zehn Jahre, da Asyl ein Recht
913 auf Zeit ist und keine Anwartschaft auf dauerhafte Einwanderung begründet.
914 14. Ausnahmslose Abschiebung von Gefährdern und Straftätern, auch nach Afghanistan, Irak
915 und Syrien.
916 15. Rückkehrpflichtige sollen eine handwerklich-praktische Grundausbildung erhalten kön-
917 nen, die sie zum Wiederaufbau ihrer Heimat und zur dortigen Existenzgründung („fit for
918 return“) befähigt.

919 Abschiebung und Rückkehr

920 Die unterlassene Aufenthaltsbeendigung abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber ist
921 das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit: Sie ist Ausdruck fortgesetzten Staatsversagens. Die Zahl
922 der Ausreisepflichtigen ist dabei kontinuierlich gestiegen und hat im zweiten Quartal 2021 die
923 Zahl von ca. 300.000 Personen erreicht – während die Zahl freiwilliger Ausreisen und erfolg-
924 reicher Abschiebungen kontinuierlich sinkt.

925 Die Politik hat vor der Aufgabe, diesen Widerspruch aufzulösen, kapituliert – getrieben von
926 einer mächtigen Anti-Abschiebe-Industrie. Es ist zynisch und inhuman, Menschen mit der fak-
927 tischen Garantie auf dauerhaften Verbleib im „reichen“ Deutschland anzulocken und dabei de-
928 ren möglichen Tod im Mittelmeer in Kauf zu nehmen.

929 Freiwillige Rückkehr ist einer Abschiebung aus finanziellen, organisatorischen und humanitä-
930 ren Gründen immer vorzuziehen, weshalb Rückkehrbereitschaft deutlich mehr als bisher ge-
931 fördert werden muss.

932 Die AfD fordert daher zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Zustände:

- 933 1. Eine Abschiebeoffensive zum Abbau des Überhangs an Ausreisepflichtigen.
934 2. Eine nationale und eine supranationale „Remigrationsagenda“ nach dem Grundsatz
935 „Hilfe vor Ort“, das heißt Schutzgewährung in Herkunfts- und Transitregionen.
936 3. Keine Duldungen mehr, sondern Bescheinigungen über die Ausreisepflicht.
937 4. Zuständigkeitsübertragung für den Vollzug von Abschiebungen an die Bundespolizei und
938 deren entsprechende Ausstattung mit Personal und Kompetenzen.
939 5. Verhinderung von Abschiebungen zu Straftatbestand erklären.
940 6. Nutzung freier Platzkapazitäten bei Transportflügen der Bundeswehr für Abschiebungen,
941 um die Renitenz bei Abschiebungen mit Zivilflugzeugen zu verhindern.
942 7. Aufhebung der Kirchenasyl-Vereinbarung zwischen BAMF und Kirchen. Es ist nicht hin-
943 nehmbar, dass die Kirchen unter Missbrauch des Kirchenasyls die Fristen für Abschie-
944 bungen in EU-Länder aushebeln.

945 Leben retten und soziale Gerechtigkeit herstellen

946 Im internationalen Vergleich sind die Leistungen Deutschlands für Asylbewerber sehr hoch.
947 Anerkannte erwartet eine lebenslängliche materielle Absicherung. Die Mittel dafür werden
948 aufgebracht von Steuerzahlern, die schwer dafür arbeiten müssen, aber keine Wirtschafts-
949 flüchtlinge eingeladen haben.

950 Die Großzügigkeit des deutschen Staates verursacht eine erhebliche Sogwirkung, die zum Tod
951 vieler Menschen führt. Die Bundesregierung lädt damit schwere moralische Schuld auf sich.

952 Die Asylanerkennung führt zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen Sicherungssystemen, ohne jede vorangegangene Teilnahme am Solidarsystem. Das ist sozial ungerecht.
953

954 Die AfD fordert daher zur Senkung von Anreizen und zur Wahrung der sozialen Gerechtigkeit:

955 • Sozialleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige sind ausnahmslos als Sachleistungen zu erbringen.
956

957 • Asylanerkennung darf nicht länger den automatischen, sofortigen, zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des Wohlfahrtsstaates bedeuten. Nach österreichischem Vorbild könnte eine Leistungsgewährung in voller Höhe auch vom Erreichen guter Sprachkenntnisse abhängig gemacht werden.
958
959
960

961 Hilfe vor Ort statt Tod auf dem Weg nach Europa

962 Hilfe vor Ort hat für die AfD höchste Priorität. Ihr ist absoluter Vorrang zu geben vor einer Aufnahme von Asylbewerbern in Deutschland. Zugleich werden damit wichtige Fluchtgründe abgebaut.
963
964

965 Um in heimat- und kulturnahen Regionen eine leistungsfähige Infrastruktur von Schutz- und Entwicklungszentren errichten zu können, müssen die zweistelligen Milliardenbeträge, die in Deutschland für Asylbewerber ausgegeben werden, dorthin umgelenkt werden. Sie würden dort eine vielfache Wirkung entfalten und die lokalen Ökonomien stärken.
966
967
968

969 Zuwanderung wieder national regeln

970 Die zuwanderungspolitische Souveränität Deutschlands ist schon heute nicht mehr gegeben.
971 Hauptgrund hierfür ist eine weitreichende Abgabe von Hoheitsrechten an die EU und der Beitritt zu internationalen Vereinbarungen, die allesamt eine linksextreme „One-world-Utopie“ verfolgen.
972
973

974 Die AfD stellt sich dem entgegen. Sie tritt für die Rückgabe der Hoheitsrechte zur Rechtssetzung von Asyl und Zuwanderung ein und schlägt dafür die folgenden Maßnahmen vor:
975

976 • Die Vergemeinschaftung des Aufenthalts- und Asylrechts wird rückgängig gemacht. Die europäische Grenzsicherung verbleibt dabei in europäischer Verantwortung (Frontex) parallel zur nationalstaatlichen Verantwortung für die eigene Grenzsicherung.
977
978

979 • Deutschland kündigt unverzüglich den UN-Migrationspakt und den UN-Flüchtlingspakt auf, da diese trotz ihrer angeblichen Unverbindlichkeit in nationales Recht eingehen werden.
980
981

982 • Der neue, von der Europäischen Kommission angestrebte EU-Migrationspakt soll verhindert werden bzw. der Beitritt Deutschlands unterbleiben.
983

984 • Kein „Gemeinsames europäisches Asylsystem“ (GEAS) mit von der EU festgelegten Aufnahmequoten für Flüchtlinge.
985

986 Qualifizierte Zuwanderung

987 Nur eine qualifizierte Zuwanderung sorgt für zusätzliche Wachstumseffekte, entlastet die öff-
988 fentlichen Haushalte und könnte eine Quelle des Wohlstands sein. Auch Deutschland muss
989 sich, wie zum Beispiel Australien, die USA und Kanada, im Rahmen seiner Zuwanderungspo-
990 litik auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen besinnen. Dazu gehört insbesondere auch, am
991 weltweiten Wettbewerb um hochqualifizierte Spezialisten teilnehmen. Die AfD fordert:

992 • Deutschland muss für akademische, hoch qualifizierte Zuwanderer (Blaue Karte EU), vor
993 allem aus dem MINT- Bereich, wieder konkurrenzfähig und attraktiv werden. Qualifizierte
994 Zuwanderer sind herzlich willkommen und sollen Deutschland als ein gastfreundliches
995 Land kennenlernen.

996 • Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist durch ein Gesetz abzulösen, welches die Zuwan-
997 derung aus Drittstaaten effektiver steuert und die radikale Absenkung der Ansprüche an
998 „qualifizierte Zuwanderung“ des FEG vermeidet. Die Auswahl der Zuwanderer soll nach
999 einem Punktesystems analog zum kanadischen Modell erfolgen.

1000 • Der Bedarf an qualifizierter Zuwanderung aus Drittstaaten sowie die erforderlichen Krite-
1001 rien hierfür sind jährlich festzulegen, unter Beachtung einer Vorrangprüfung zu Gunsten
1002 des heimischen Potentials sowie der Zuwanderung im Rahmen der EU-Arbeitnehmerfrei-
1003 zügigkeit. Er kann im Falle einer Rezession auch gegen Null gehen.

1004 Integration

1005 Bei der Integration sehen wir Zuwanderer und Personen, denen wir einen vorübergehenden
1006 Schutz gewähren, in der Pflicht. Integration gelingt nur, wenn die Regeln, Traditionen und
1007 Werte unserer Gesellschaft akzeptiert werden. Unverzichtbar ist der Erwerb der deutschen
1008 Sprache.

1009 Die AfD fordert:

1010 • Bei qualifizierten Zuwanderern setzen wir eine intensive Integrationsbereitschaft voraus.
1011 Der Fokus muss beim Spracherwerb liegen, den wir bis zum Niveau B2 unterstützen wol-
1012 len.

1013 • Die Bevorzugung von Migranten in Form einer Quotierung, unter Missachtung des Leis-
1014 tungsprinzips, muss ausgeschlossen werden. Abstriche an den Anforderungen bei der
1015 Ausbildung oder bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst lehnen wir ab.

1016 • Integrationsprojekte sind einer staatlichen Evaluations- und Erfolgsprüfung zu unterzie-
1017 hen. Das Profitgeschäft von NGOs und Wohlfahrtsverbänden ist zu beenden.

1018 • Die AfD verlangt die Einführung eines Kopftuchverbots für Mädchen bis 14 Jahre an allen
1019 staatlichen Schulen. Dies betrachten wir als eine der wichtigsten Bedingungen für eine
1020 gelingende Integration. Das Kopftuchverbot trägt zur Wahrung des Schulfriedens bei und
1021 ermöglicht jungen Mädchen eine freie Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestim-
1022 mung.

1023 Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein kostbares Gut

1024 Das Geburtsortprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutsch-
1025 land, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und
1026 zum Abstammungsprinzip zurückkehren, wie es bis zum Jahr 2000 galt. Spezielle Erleichte-
1027 rungen für Einbürgerungen lehnen wir ab. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit
1028 soll als Erfolg eigener Anstrengung erlebt werden und die Betroffenen mit Stolz erfüllen kön-
1029 nen.

1030

Familienpolitik

1031

Familien stärken und fördern

1032

Die AfD bekennt sich zur Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern. Familie bedeutet Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück. Durch ideologisch motivierte Desorientierung von linksgrüner Seite soll das in den Familien überlieferte Werte- und Bezugssystem aufgebrochen und durch pseudofamiliäre Leitbilder ersetzt werden. Wir fordern dagegen die Wiederherstellung des grundgesetzlich garantierten, besonderen Schutzes der Familie.

1033

1034

1035

1036

1037

1038

In der Shell Jugendstudie 2019 gaben 68% der Jugendlichen an, später einmal eine Familie gründen zu wollen, 19% waren noch unentschlossen. In der Vergangenheit konnten allerdings viele junge Erwachsene ihren Kinderwunsch nicht wie gewünscht verwirklichen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer aktivierenden, also geburtenfördernden Familienpolitik. Eine Fortsetzung der herrschenden, familienzersetzenden Politik wird die demografische Katastrophe, in die wir geraten sind, weiter verschlimmern. Am Ende dieses Prozesses steht auch der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme und letztlich unserer kulturellen Identität. Das können wir nicht wollen! Die AfD ist entschlossen, dem familienfeindlichen Zeitgeist eine positive, familienfreundliche Sozialpolitik entgegenzustellen.

1039

1040

1041

1042

1043

1044

1045

1046

1047

Ein Schlüssel zu glücklicheren und stabileren Familien liegt dabei in aktivierenden familienpolitischen Maßnahmen und in einer größeren Wertschätzung der Familienarbeit.

1048

1049

Ursachen der demografischen Katastrophe

1050

Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 70er Jahre weit unterhalb des Niveaus zur Bestandserhaltung. Bei einer Geburtenrate von 1,5 Kindern schrumpft ein Volk um ca. 30% pro Generation.

1051

1052

1053

Die Ursachen für den Geburtenrückgang sind vielfältig. Durch den Ausbau des deutschen Sozialstaates mit Hilfeleistungen für alle Lebenslagen hat sich eine fundamental veränderte Einstellung der Bürger zum eigenen generativen Verhalten entwickelt. Die Wahrnehmung des Staates als Helfer in allen Lebenslagen hat die Vorstellung von der eigenen Familie auch als generationsübergreifende Wirtschafts- und Versorgungsgemeinschaft ersetzt. Vor diesem Hintergrund wurde der Hang zur vorrangigen ökonomischen Wohlstandsoptimierung während der Lebenserwerbsphase zum Leitbild einer materiellen Gesellschaft. Immer mehr Paare haben daher den ideellen Wert einer Familie als Sozialisationsraum und emotionale intergenerative Lebensgemeinschaft aus den Augen verloren. Der Gedanke einer vorrangigen „Selbstverwirklichung“ hat dazu geführt, zugunsten von Einkommen und Karriere Kinderwünsche zurückzustellen oder gänzlich aus der eigenen Lebensplanung zu verdrängen.

1054

1055

1056

1057

1058

1059

1060

1061

1062

1063

1064

Eltern, die für Familienarbeit ganz oder teilweise zu Hause bleiben, werden in unserer Gesellschaft abgewertet. Insbesondere bei doppelberufstätigen Eltern besteht durch die strukturelle Benachteiligung von Familien in der Arbeitswelt eine mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hinzu kommen die kinderbezogenen Mehrkosten für Wohnraum, Versorgung und Ausbildung, die bei der Bemessung von Steuern und Sozialversicherungen nur minimal ausgeglichen werden. Das alles führt zu durchschnittlich kleineren Familien und teilweise auch zu einer gewollten Kinderlosigkeit.

1065

1066

1067

1068

1069

1070

1071 Leistungsfähigkeit der Familien erhalten

1072 Insbesondere Familien der mittleren Einkommensschicht werden in Deutschland steuerlich
1073 stärker belastet als in fast allen anderen europäischen Ländern. Die Geburtenrate ist bei diesen
1074 Familien erschreckend gering. Die AfD will hier mit dem steuerlichen Familiensplitting einen
1075 Paradigmenwechsel einleiten, verbunden mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages. Als wei-
1076 tere steuerliche Maßnahmen fordern wir die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kin-
1077 derbezogenen Ausgaben und eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbe-
1078 darfs auf den reduzierten Satz.

1079 Ergänzend sollen Eltern zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes
1080 eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von
1081 zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leis-
1082 tung gekürzt wird.

1083 Familien unterstützen

1084 Umfragen belegen immer wieder, dass sich viele junge Eltern in Deutschland statt Mehrfach-
1085 belastung und Rollenkonflikten mehr Zeit für ihre Kinder wünschen. Kinder unter drei Jahren
1086 fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch die eigenen Eltern betreut werden. Es muss wieder
1087 möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, so dass die
1088 Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden können.

1089 Eltern, die ihre Kleinkinder selbst betreuen, erleben deren Entwicklung unmittelbar, vermit-
1090 teln ihnen Herzensbildung und erhalten damit ihre körperliche und seelische Gesundheit,
1091 während gerade bei Kindern unter drei Jahren eine Fremdbetreuung mit Entwicklungsrisiken
1092 verbunden ist (Großstudie „The NICHD Study of Early Child Care and Youth Development“,
1093 1991 und 2007). Die AfD will daher für die ersten drei Jahre ein Betreuungsgeld für Eltern bzw.
1094 Großeltern einführen, welches sich als Lohnersatzleistung am bisherigen durchschnittlichen
1095 Nettolohn der letzten drei Jahre vor Geburt des ersten Kindes orientiert, gedeckelt auf die
1096 Höhe des allgemeinen durchschnittlichen Nettoehalts.

1097 Das Kindergeld soll beibehalten, Missbrauchsmöglichkeiten müssen aber unterbunden wer-
1098 den. So ist zum Beispiel für im Ausland lebende Kinder nur der dort übliche Betrag zu zahlen.

1099 Für junge Familien sollen die Erstanschaffungen bei Familiengründung durch einen Ehe-
1100 Start-Kredit unterstützt werden. Der Ehe-Startkredit soll Deutschen im Sinne des Grundgeset-
1101 zes gewährt werden, sowie EU-Bürgern, die seit mindestens 20 Jahren in Deutschland leben.
1102 Mit jedem Kind wird ein Teil des Kredits erlassen. BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt
1103 während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung bei erfolgreichem Ab-
1104 schluss erlassen werden. Für alle Studenten mit Kindern soll die Regelstudienzeit auf Antrag
1105 um bis zu 4 Semester verlängert werden.

1106 Der Wiedereinstieg von Eltern nach der Babypause soll vereinfacht werden, indem nach Kin-
1107 derzahl gestaffelte Lohnsubventionen an die Arbeitgeber gezahlt werden.

1108 Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum. Neben der Schaffung günstiger Mietwohnungen
1109 wollen wir auch möglichst viele Familien in eigene vier Wände bringen. Dazu wollen wir Bau-
1110 land vergünstigt an Familien abgeben und die Konditionen der KfW verbessern: Statt teurer
1111 Förderung von Energieeffizienzhäusern wollen wir gestaffelte Teilerlasse nach Kinderzahl.

1112 Familienfreundliches Deutschland

1113 Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft als Staatsziel ins Grundgesetz aufnehmen. Das
1114 stärkt Familien und verpflichtet die Politik zu echter Familienfreundlichkeit – im Gegensatz
1115 zur Aufnahme von „Kinderrechten“ ins Grundgesetz, die dem Staat nur „die Lufthoheit über
1116 den Kinderbetten“ sichern soll. Kinder sind schon jetzt Grundrechtsträger. Gesonderte „Kin-
1117 derrechte“ schwächen deshalb nur die Elternrechte nach Art. 6 GG.

1118 Statt Gleichstellungsbeauftragten wollen wir Familienbeauftragte, die familienfreundliche
1119 Entscheidungen sicherstellen und somit die aktivierende Familienpolitik unterstützen. Staat-
1120 liche Leistungen und Verwaltungsabläufe sind systematisch auf Familienfreundlichkeit zu prü-
1121 fen und anzupassen. Über soziales Marketing soll für Familiengründungen und das Leitbild
1122 der 3-Kind-Familie geworben sowie über die damit verbundenen Angebote informiert werden.

1123 Mehrgenerationenfamilien sind stärker zu fördern. Für Arbeitgeber müssen Anreize für eine
1124 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden

1125 Kinder in den Familien belassen, Kindesentzug nur in Ausnahmen

1126 Einige Familien bedürfen der staatlichen Unterstützung durch Beratung und Hilfe bei der Er-
1127 ziehung. Allerdings darf dies nur in äußersten Ausnahmefällen zu einem Kindesentzug durch
1128 das Jugendamt führen. Leider hat sich in den letzten Jahren um die Inobhutnahme von Kin-
1129 dern eine regelrechte Industrie entwickelt, die eines ständigen Nachschubs an Kindern bedarf.
1130 Die Anzahl der Inobhutnahmen ist seit 1995 von 23.432 Kindern bis 2018 auf 52.590 Kinder
1131 bzw. um 124% gestiegen. Bis 2019 haben sich die Ausgaben dafür von ca. 15 Milliarden Euro
1132 (1995) auf 50,6 Milliarden Euro vervielfacht. In Extremfällen musste sogar die „übermäßige
1133 Liebe der Mutter“ als Entzugsgrund herhalten.

1134 Hier fordert die AfD einen radikalen Kurswechsel. Wir wollen Fehlentscheidungen vermeiden,
1135 die als Willkür empfunden werden. Die Jugendpolitik muss auf eine Förderung der Familien
1136 ausgerichtet werden und das Ziel verfolgen, dass die Kinder in ihren Familien bleiben.

1137 Dazu müssen die Beratung und Sanktionierung von Familien innerhalb der Jugendämter auf
1138 zwei unabhängige Stellen verteilt und strikt getrennt werden. Es ist seitens der Fachaufsicht
1139 und aller Leitungsebenen auf die Einhaltung der Gesetze zu achten, insbesondere muss kos-
1140 tenlose Akteneinsicht gewährt werden, es muss eine Angemessenheitsprüfung aller Leistungen
1141 stattfinden, ein Kindesentzug darf nur für eine kurze Zeit angeordnet werden und das Wunsch-
1142 und Wahlrecht für Leistungen des Jugendamtes nach §16 SGB VIII muss respektiert werden.

1143 Wir wollen darüber hinaus eine unabhängige Kontrolle der Jugendämter und der freien Träger
1144 installieren, um dem dort herrschenden Wildwuchs Einhalt zu gebieten. Die Ombudsstelle
1145 muss mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet und bekannt gemacht werden, damit sich El-
1146 tern auch an diese wenden können.

1147 Willkommenskultur für Kinder

1148 Ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Viel zu oft wird dieses Recht jedoch Zukunfts-
1149 sängsten untergeordnet. Solchen Ängsten will die AfD durch konkrete Hilfen für Familien in

1150 allen Lebenslagen vorbeugen, insbesondere den lebensrettenden Ausweg der Adoption er-
1151 leichtern und fördern. Wir wollen die Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt
1152 weiter ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen.

1153 Die Gesellschaft muss in Familien, Schule und Medien den Respekt vor dem Leben und ein
1154 positives Bild von Ehe und Elternschaft vermitteln. Diesen Bedarf erkennt man daran, dass
1155 seit Jahren in Deutschland jährlich rund 100.000 ungeborene Kinder getötet werden, was der
1156 Zahl der Einwohner einer Großstadt entspricht.

1157 Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen
1158 Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung dieses Vergehens. Sie muss
1159 stattdessen dem Schutz des Lebens dienen. Wie vom Bundesverfassungsgericht zur Bedingung
1160 gestellt, ist regelmäßig die Wirksamkeit der Beratungsscheinregelung zu überprüfen. Gegeben-
1161 nenfalls ist durch gesetzliche Korrekturen ein wirksamer Lebensschutz zu gewährleisten.
1162 Schwangerschaftsberatungen müssen mit transparenten Qualitätsstandards, möglichst unter
1163 Einbeziehung der Väter durchgeführt werden. Abtreibungen müssen dabei die Ausnahme blei-
1164 ben, z.B. bei medizinischer und kriminologischer Indikation. Dabei ist insbesondere über den
1165 Entwicklungsstand der ungeborenen Kinder, z.B. über Ultraschallbilder zu informieren. Eben-
1166 falls muss über mögliche Spätfolgen einer Abtreibung aufgeklärt werden, wie z.B. das Post-
1167 Abortion-Syndrom (PAS).

1168 Eine Abtreibung ist meldepflichtig, Verstöße dagegen sind zukünftig zu ahnden. Die Abtrei-
1169 bungsstatistik soll dadurch die wirkliche Zahl der Abtreibungen wiedergeben. Wir lehnen alle
1170 Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären.

1171 Wir wenden uns strikt gegen die Kommerzialisierung des Mutterleibes durch bezahlte Leih-
1172 mutterschaften und gegen die Vermarktung von Gewebe getöteter ungeborener Kinder.

1173 Trennungsfolgen mindern

1174 Kinder sind die Hauptleidtragenden, wenn sich die Eltern trennen. Die daraus resultierenden
1175 Schäden müssen reduziert werden, indem die Problematik aus der Sicht der Kinder betrachtet
1176 wird. Dazu gehört auch die umfassende Unterstützung und Beratung getrennter Eltern.

1177 Abstiegsängste und finanzieller Druck belasten Familien stark und führen oft zu instabilen
1178 Ehen und Trennungen. Die AfD fordert daher auch zur Vermeidung von Trennungen eine fa-
1179 milienfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik, die es Familien ermöglicht, auf Wunsch auch
1180 mit nur einem Erwerbseinkommen eine Familie zu ernähren, ohne gravierende Einbußen des
1181 Lebensstandards. Auch für Eltern, die beide berufstätig sein wollen, müssen die weiteren Rah-
1182 menbedingungen so ausgelegt werden, dass Familie und Beruf möglichst gut vereinbar sind.

1183 Da die Mehrheit der Trennungskinder bei den Müttern aufwächst, ist ein besonderes Augen-
1184 merk auf die Einbeziehung der Väter in die Erziehung zu legen. Kinder brauchen Vater und
1185 Mutter, die jeweils unterschiedliche Aspekte für die Entwicklung einbringen. Kinder dürfen
1186 nicht als Druckmittel oder Instrument der Rache dienen, indem dem anderen Partner der Kon-
1187 takt erschwert oder verwehrt wird. Die Umgangsrechte und -pflichten beider Elternteile müs-
1188 sen entsprechend gestärkt werden. Wir fordern auch bei nichtehelichen Kindern ein gemein-
1189 sames Sorgerecht ab Geburt.

1190 Die Reform des Familienrechts von 1977 führte dazu, dass selbst Straftaten und schwerwie-
1191 gendes Fehlverhalten gegen den Ehepartner bei der Bemessung finanzieller Ansprüche nach

1192 Trennung und Scheidung oft ohne Auswirkung bleiben. Eine derartige Rechtsprechung ist
1193 nicht geeignet, die Partner zu ehelicher Solidarität anzuhalten und beeinträchtigt die Stabilität
1194 bestehender Ehen. Ohne das Schuldprinzip wieder einzuführen, muss aber schwerwiegendes
1195 Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität bei den Scheidungsfolgen wieder verbindlich be-
1196 rücksichtigt werden.

1197 Verantwortungsvolle Kinderbetreuung

1198 Kinder sollten frei von Indoktrination aufwachsen, bis sie in der Familie gefestigt und alt genug
1199 sind, sich den Problemen unserer Welt zu stellen. Ideologen verschiedener Richtungen versu-
1200 chen aber, Kinder möglichst früh zu beeinflussen. Das wurde bereits im Dritten Reich und in
1201 der DDR in großem Stil praktiziert. Politische Ideologien, wie z.B. Genderwahn und Klimahys-
1202 terie, werden den Kindern heute schon im Vorschulalter nähergebracht.

1203 Die AfD fordert, Kitas und Schulen von Angst und Hysterie freizuhalten und eine positive Le-
1204 benseinstellung zu vermitteln.

1205 Häufig wird die politische Beeinflussung von einer Frühsexualisierung im Sinne „diverser“ Ge-
1206 schlechterrollen begleitet. Die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ versucht, Kinder in Bezug auf
1207 ihre sexuelle Identität zu verunsichern und Geschlechterrollen aufzulösen. Sie werden dadurch
1208 massiv in ihrer Entwicklung gestört. Kinder haben das Recht, ihre eigene Sexualität herauszu-
1209 bilden, ohne Verletzung ihrer Intimsphäre und Schamgrenzen.

1210 Zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund muss Deutsch als ver-
1211 pflichtende Sprache in Kitas durchgesetzt werden. Die AfD fordert, dass entsprechende Fach-
1212 aufsichten eingerichtet und personell auskömmlich ausgestattet werden, um dies zu kontrol-
1213 lieren und durchzusetzen.

1214 Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu vereinfachen, sind Betriebskindergärten stär-
1215 ker als bisher zu fördern. Sie reduzieren die Fahrtwege und vereinfachen die Abstimmung von
1216 familiären und beruflichen Verpflichtungen.

1217

Das Rentenkonzept der AfD

1218 Als Partei der Leistungsgerechtigkeit ist es der AfD ein besonderes Anliegen unseren Eltern
1219 und Großeltern im Rentenalter einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Sie haben unser
1220 Land mit ihrer Arbeit zu einer der führenden Industrienationen der Welt aufgebaut. Die dro-
1221 hende Altersarmut für Millionen Leistungsträger ist für uns schon aus diesem Grund unerträg-
1222 lich. Der entwürdigenden und ungerechten Rentenpolitik der Altparteien erteilen wir daher
1223 eine deutliche Absage. Zugleich müssen wir das Rentensystem für die Jungen vor dem Hinter-
1224 grund der demographischen Entwicklung bezahlbar halten.

1225 Es braucht einen ausgewogenen Ansatz, der die Belange aller Betroffenen in den Blick nimmt.
1226 Der drohenden Überlastung der Beitragszahler muss durch einen höheren Steueranteil in der
1227 Rentenfinanzierung entgegengewirkt werden, versicherungsfremde Leistungen sind aus Steuer-
1228 ermitteln zu begleichen. Dieser höhere Steueraufwand darf jedoch nicht durch Steuererhöhun-
1229 gen finanziert werden. Vielmehr sind die Steuerzuschüsse zur Rente durch konsequente Strei-
1230 chungen von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und
1231 EU-Politik, gegenzufinanzieren. Gute Renten sind künftig nur dann finanzierbar, wenn wir die
1232 richtigen haushaltspolitischen Prioritäten setzen. Statt linksgrüner "Weltrettungsprojekte"
1233 braucht es marktwirtschaftliche Freiheit und öffentliche Investitionen in Bildung und Wissen-
1234 schaft, um über eine prosperierende Wirtschaft hohe soziale Standards auch finanzieren zu
1235 können.

1236 Unser Anliegen ist nicht nur ein höheres Maß an Leistungsgerechtigkeit in der Rentenversi-
1237 cherung, den Rentenberechtigten sollen auch mehr Freiheitsrechte zugestanden werden. Un-
1238 serem Freiheitsverständnis nach gehört die Entscheidung über den Eintritt in die Rentenphase
1239 in die Hand des Einzelnen. Die Betroffenen haben nach einem langen Berufsleben viele Erfah-
1240 rungen gesammelt und wissen selbst am besten, wann sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden
1241 wollen. Manche gehen in ihrer Arbeit auf, haben großen Freude daran und wollen so lange wie
1242 möglich arbeiten. Andere haben für ihren Lebensabend andere Pläne, wollen mehr Zeit mit
1243 dem Partner verbringen, auf Reisen gehen oder sich um die Enkelkinder kümmern. Wir wollen
1244 deshalb jedem ermöglichen, länger zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Ar-
1245 beitgeber zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten. Die Rentenhöhe
1246 hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab. Wer länger arbeitet,
1247 bekommt entsprechend mehr Rente.

1248 Unabhängig vom Zeitpunkt des Renteneintritts muss immer gelten: Wer lange in die Renten-
1249 kasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen besser gestellt werden als
1250 Personen, die weniger eingezahlt haben. Dem wird die AfD gerecht, indem 25% der Altersrente
1251 nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Auf diese Weise wird Altersarmut
1252 verhindert oder zumindest deutlich verringert. Während der Erwerbsphase lohnt es sich da-
1253 her, auch Tätigkeiten mit geringem Einkommen anzunehmen, aus denen sich häufig auch hö-
1254 her bezahlte Beschäftigungsverhältnisse ergeben. Soziale Gerechtigkeit ist ein integraler Be-
1255 standteil der AfD-Politik, muss aber immer auch zur Eigenverantwortung anregen.

1256 Diese Eigenverantwortung müssen wir auch von Politikern einfordern. Es ist niemanden ver-
1257 mittelbar, dass Politiker bereits nach wenigen Jahren hohe Pensionsansprüche erwerben. Das
1258 ist vor allem kritisch, weil die Nutznießer dieser Gesetze selbst über solche Regelungen gesetz-
1259 geberisch entschieden haben. Damit muss Schluss sein. Politiker sollen wie andere Arbeitneh-
1260 mer auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Auch dies ist Ausdruck unseres

1261 Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit. Zu diesem Verständnis gehört auch ein neuer Um-
1262 gang in der Frage „Staatsbedienstete und Rentenversicherung“. Unsere Beamten sind das
1263 Rückgrat der deutschen Verwaltung und eine wesentliche Stütze für das im internationalen
1264 Vergleich gut funktionierende Staatswesen. Die hohe Loyalität der Beamten beruht auch auf
1265 dem Prinzip der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Darauf beruht die beamtenrechtliche Alters-
1266 versorgung.

1267 Die AfD möchte sie deshalb beibehalten, allerdings die Verbeamtung auf hoheitliche Aufgaben
1268 beschränken, wie z.B. bei Bundeswehr, Zoll, Polizei, Finanzverwaltung und Justiz. Auf diese
1269 Weise wird ein Großteil der künftigen Staatsbediensteten in die gesetzliche Rentenversiche-
1270 rung aufgenommen und deren Beitragsaufkommen gestärkt.

1271 Besondere Beachtung verdienen in dem Sozialversicherungssystem die Familien. Eltern tragen
1272 die Lasten der Kindererziehung. Die späteren Leistungen der Kinder, insbesondere in der Ren-
1273 tenversicherung, kommen aber allen Rentnern zugute, auch den Kinderlosen. Familien mit
1274 Kindern tragen daher Sonderlasten für die Allgemeinheit.

1275 Die AfD möchte hier einen Ausgleich herstellen, indem Familien für jedes Kind 20.000 Euro
1276 Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass
1277 sich die Rentenansprüche dadurch verringern. Wurden zum Zeitpunkt der Geburten noch
1278 keine Beiträge in entsprechender Höhe gezahlt, erfolgt eine Anrechnung auf zukünftige Ren-
1279 tenbeiträge. Die Eltern werden dadurch in dem Lebensabschnitt wirkungsvoll unterstützt, in
1280 dem die Kosten für die Kinder anfallen und gegebenenfalls ein Elternteil vollständig oder teil-
1281 weise auf das Erwerbseinkommen verzichtet. Dies wird nicht nur die Entscheidung für ein
1282 Kind oder weitere Kinder erleichtern, sondern insgesamt Leistungsdruck aus den Familien
1283 nehmen und damit die Trennungsquote verringern.

1284 Neben den Ungerechtigkeiten gegenüber Familien, bestehen auch 31 Jahre nach der deutschen
1285 Wiedervereinigung noch immer Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten. Bei der
1286 in den neunziger Jahren erfolgten Rentenüberleitung mit dem Renten-Überleitungsgesetz und
1287 dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz ist es zu Ungereimtheiten gekommen.
1288 Die im Alterssicherungssystem der „DDR“ enthaltenen Regelungen für besondere Berufsgrup-
1289 pen wurden nur teilweise umgesetzt. Nach dem Auslaufen von Übergangsregelungen ergeben
1290 sich erhebliche Unterschiede je nach Rentenbeginn. Für die Härtefälle und groben Unbillig-
1291 keiten im Rentenüberleitungsprozess werden wir einen Ausgleich durch eine Fondslösung
1292 schaffen. Im Rahmen der Fondslösung sind den Betroffenen pauschalierte Einmalzahlungen
1293 in angemessener Höhe zu gewähren. Bei der Bemessung der Einmalzahlungen soll – soweit
1294 dies möglich ist – an die zurückgelegte Betriebszugehörigkeit angeknüpft werden.

1295 Neben den besonderen Ungerechtigkeiten gegenüber Ostrentnern und Familien in ganz
1296 Deutschland gibt es auch grundsätzliche Ungerechtigkeiten bei der Rentenbesteuerung. Viele
1297 Rentner, die seit 2005 auf ihre Renten Steuern zahlen, unterliegen einer Doppelbesteuerung.
1298 Die rechtlichen Regelungen sind so anzupassen, dass dieser verfassungswidrige Zustand abge-
1299 schafft wird. Generell ist die Besteuerung von Renten aus sozialer Sicht kritisch zu beurteilen.
1300 Wir wirken der Einkommensteuerlast dadurch entgegen, dass wir den Steuerfreibetrag – wie
1301 im steuerpolitischen Abschnitt dargestellt – für alle anheben und so zumindest niedrige Ren-
1302 ten vor der Besteuerung bewahren.

1303 Mit unserem ausgewogenen Ansatz und den daraus abgeleiteten Maßnahmen werden wir das
1304 umlagefinanzierte Rentensystem für den Eintritt der Babyboomer ins Rentensystem tauglich

1305 machen. Wir erhöhen die Leistungsgerechtigkeit deutlich, ohne die nachkommenden Genera-
1306 tionen zu überlasten. Wir zeigen, dass Gegenwartsinteressen und generative Verantwortung in
1307 Einklang zu bringen sind.

1308

Gesundheitspolitik

1309 Die Gesundheitspolitik der AfD baut auf dem bestehenden deutschen Gesundheitssystem auf.
1310 Es zeigen sich jedoch zunehmend Fehlentwicklungen, denen sich die Alternative für Deutsch-
1311 land mit Reformvorschlägen annimmt. Eigenverantwortlichkeit, betriebliche sowie staatliche
1312 Maßnahmen müssen dabei stärker in den Mittelpunkt einer notwendigen Prävention und Di-
1313 agnostik rücken. Die Corona-Pandemie verdeutlicht, dass der Schutz der Bevölkerung verläss-
1314 lich, seriös und konsequent umgesetzt werden muss. Die Effektivität unseres Gesundheitswe-
1315 sens soll daher neu bewertet werden, Eigenverantwortlichkeit sowie Prävention gestärkt und
1316 der Einflussnahme von Lobbyisten strengere Grenzen gesetzt werden.

Schluss mit den unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen

1318 Die Verunsicherung der Bürger mit willkürlichen Grenzwerten, nicht nachvollziehbaren Maß-
1319 nahmen und Einschränkungen von Grundrechten durch Verwaltungsermächtigungen unter
1320 Umgehung der Parlamente sind für uns inakzeptabel. Der Schwerpunkt freiwilliger Hygiene-
1321 maßnahmen und Schutzbestimmungen muss auf gefährdeten Bevölkerungsgruppen liegen.

1322 Das Tragen von Masken in Kindertagesstätten, Horten und Schulen lehnen wir ab. Die unver-
1323 hältnismäßigen Lockdown-Maßnahmen sind unverzüglich zu beenden.

1324 Eine verpflichtende Impfung (direkt und indirekt), Immunitätsausweise, sowie Tracking Apps
1325 oder sonstige Überwachungsmaßnahmen lehnen wir ab. Wir wollen dafür sorgen, dass der öf-
1326 fentliche und wissenschaftliche Diskurs sowie die Achtung des Meinungspluralismus gewahrt
1327 bleiben.

Infektionsschutz umsetzen und aktualisieren

1329 Die AfD setzt sich für die Weiterentwicklung des bestehenden Pandemie- und Infektions-
1330 schutzplanes des Robert-Koch-Institutes (RKI) ein, der in der Corona-Pandemie von der Re-
1331 gierung keine verantwortungsvolle Anwendung fand.

1332 Der bestehende Pandemie- und Infektionsschutzplan soll zu einem nationalen Katastrophen-
1333 und Notfallplan weiterentwickelt werden. Bestandteil dieses Planes müssen auch wirksame
1334 Vorkehrungen zur Verhinderung der Einschleppung weiterer Infektionskrankheiten wie zum
1335 Beispiel Tuberkulose sein. Wir wollen deshalb medizinische Kontrollen von Einreisenden nach
1336 dem Vorbild vieler anderer Länder ermöglichen.

Krankenhäuser und Kliniken brauchen Planungssicherheit und eine indivi- duell auskömmliche Finanzierung

1339 Die bestehende Finanzierung in dem DRG-Fallpauschalensystem hat sich als Zuteilungs- und
1340 Sparsystem mit der „Heckenschere“ erwiesen. Die Steuerungsfunktion zur Bereinigung von
1341 angeblichen Überkapazitäten potenziert Verwerfungen und beschleunigt Kliniksterben insbe-
1342 sondere im ländlichen Raum.

1343 Die AfD fordert die Einführung eines Individualbudgets für Krankenhäuser, um auch in struk-
1344 turschwachen Gebieten wohnortnah beispielsweise Notfalleinrichtungen, Abteilungen für Ge-
1345 burtshilfe und insbesondere die stationäre Behandlung von Kindern zu ermöglichen.

1346 In die individuelle Finanzierungsvereinbarung zwischen den Krankenkassen und den jeweili-
1347 gen Kliniken fließen das klinische Leistungsgeschehen, die Prüfungsergebnisse des erweiterten
1348 neuen Medizinischen Dienstes im Gesundheitswesen (MDG), der tatsächliche Bedarf in der
1349 Bevölkerung vor Ort, als auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des jeweiligen Kranken-
1350 hauses ein.

1351 Die AfD fordert mit Blick auf die Trägervielfalt und die Zurverfügungstellung leistungsfähiger
1352 Krankenhausstrukturen eine Begrenzung privater Träger im Krankenhausbereich bei max.
1353 60%.

1354 Serviceorientierte ambulante Versorgung durch Beendigung der Budgetie- 1355 rung

1356 Die Hälfte der niedergelassenen Ärzte gehen regulär in den nächsten Jahren in den Ruhestand.

1357 Die Motivation zum Führen einer eigenen Praxis sowie zu einer längeren Berufsausübung über
1358 die übliche Altersgrenze hinaus ist unter den bestehenden Restriktionen gering. Das beste-
1359 hende System einer leistungsunabhängigen Budgetierung führt zu monatelangen Wartezeiten
1360 auf Facharztbehandlungen, überbordender Bürokratie, vorzeitigen Praxisschließungen und
1361 stark verringertem Wunsch nach beruflicher Selbstständigkeit.

1362 Nicht Kopfpauschalen, Budgetierung und willkürliche Honorarkürzungen innerhalb der GKV,
1363 sondern eine leistungsgerechte Bezahlung der Mediziner sichert eine bedarfsorientierte Be-
1364 treuung des einzelnen Patienten. Eine unverhältnismäßige Leistungsausweitung wird durch
1365 flankierende Maßnahmen vermieden.

- 1366 1. Ein weiterentwickelter Medizinischer Dienst im Gesundheitswesen (MDG), der im Ge-
1367 gensatz zum bestehenden System paritätisch besetzt und finanziert sein wird, soll sich
1368 aus allen im Gesundheitssystem Beteiligten zusammensetzen. Er wird zukünftig nicht nur
1369 ein Instrument der Kostenersparnis für Kostenträger sein, sondern auch ein Mittel zur
1370 Leistungsgerechtigkeit für die Patienten und für die Behandlungsqualität.
- 1371 2. Ein mehrstufiges Bonussystem für Beitragszahler, dass notwendige Arztkontakte nicht
1372 verhindert, aber von leichtfertigen Besuchen abhält, wird eingeführt.

1373 Medizinische Versorgung auf dem Land wiederherstellen und sichern

1374 Die AfD betrachtet die Förderung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum als eine der
1375 aktuell dringendsten Aufgaben.

1376 Folgende Maßnahmen werden die Versorgung dort stärken:

- 1377 1. Aufhebung der Kopfpauschalen-Vergütung und der Budgetierung der ärztlichen Hono-
1378 rierung.
- 1379 2. Beendigung der Deckelung im Abrechnungssystem (Degression).
- 1380 3. Finanzielle und organisatorische Niederlassungshilfen.
- 1381 4. Abbau der Hürden bei der Anstellung von ärztlichem Personal, wie z.B. der Jobsharing-
1382 Limitation.
- 1383 5. Weiteren Ausbau von Arztpraxen / Polikliniken/MVZ mit angestellten Ärzten auch unter
1384 der Trägerschaft der Kommunen, aber unter ärztlicher Leitung.

- 1385 6. Förderung von Medizinstudenten, die sich nach dem Studium für einen gewissen Zeit-
1386 raum für eine Berufstätigkeit in strukturschwachen Gebieten verpflichten.
1387 7. Bereitstellung von günstigen Studiendarlehen für Medizinstudenten, die mit einer auch
1388 anteiligen Berufstätigkeit in unterversorgten Landkreisen sukzessiv erlassen werden.
1389 8. Konsequente Wahrnehmung des Sicherstellungsauftrages für eine flächendeckende Ver-
1390 sorgungsdichte durch die Kassen(zahn-)ärztlichen Vereinigungen.

1391 Zugang zu Heil- und Hilfsmitteln entbürokratisieren

1392 Die Genehmigungspflicht für Hilfsmittel durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)
1393 schafft Versorgungslücken für den Patienten und verursacht hohen bürokratischen Aufwand.

1394 Sie ist durch eine Festbetragsregelung zu ersetzen.

1395 Kurzzeitpflegeplätze in Krankenhäusern finanzieren

1396 Im Anschluss an einer Krankenhausbehandlung führt das Fehlen von direkt anschließenden
1397 Pflegemöglichkeiten oftmals zu einer unwürdigen Übergangssituation. Die AfD fordert, dass
1398 Kurzzeitpflegeplätze in den Krankenhäusern durch die Pflegeversicherung finanziert werden.
1399 So wird der Druck auf pflegebedürftige Menschen vermieden, die häufig befürchten, dass eine
1400 Folgebetreuung in anschließenden Pflegeeinrichtungen oder Zuhause nicht sichergestellt ist.

1401 Beendigung des Pflegenotstands

1402 Steigende Patientenzahlen, Abnahme von qualifiziertem Pflegepersonal, Überlastung vorhan-
1403 dener Pflegekräfte und eine Ausgabendeckelung der Kranken –und Pflegekassen bei der Ent-
1404 lohnung der Pflege sorgen für eine zunehmende Schieflage im Pflegebereich.

1405 Daher fordert die AfD:

- 1406 1. Eine leistungsgerechte angemessene Bezahlung der Pflegekräfte über ein Flächentarifver-
1407 trag mit steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen.
- 1408 2. Eine verbindliche bundeseinheitliche gesetzliche Personaluntergrenze für Pflegeeinrich-
1409 tungen mit einer Pufferregelung bei kurzzeitigem „Reißen“ der strengen Messlatte.
- 1410 3. Regelmäßige Überprüfung der Ergebnis- und Abrechnungsqualität in Pflegeeinrichtun-
1411 gen.
- 1412 4. Förderung und Finanzierung der Ausbildung zur Pflegefachkraft und nicht nur der Pfl-
1413 gehilfskräfte über das Jobcenter.

1414 Die AfD fordert das Fortbestehen der verschiedenen Versorgungsformen und die Förderung
1415 altersgerechter Wohnformen. Wir befürworten weiter die getrennte Berufsausbildung von Ge-
1416 sundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpfleger, die sich über Jahr-
1417 zehnte bewährt hat. Die generalisierte Pflegeausbildung halten wir für eine Fehlentwicklung
1418 zu Lasten der Pflegebedürftigen.

1419 Vorfahrt für die häusliche Pflege

1420 Über 70% der Pflegebedürftigen bevorzugen die Unterbringung zu Hause. Sie ist nicht nur aus
1421 sozialen, sondern auch aus finanziellen Gründen vorzuziehen. Die stationäre Pflegebedürftig-
1422 keit ist soweit wie möglich hinauszuschieben. Die Unterstützung von pflegenden Angehörigen
1423 ist durch die weitgehende Angleichung des Pflegegeldes an die Pflegesachleistungen zu unter-
1424 stützen.

1425 Vereinfachung und bessere Übersichtlichkeit in der sozialen Pflege- und 1426 gesetzlichen Krankenversicherung

1427 Die AfD schlägt eine Zusammenlegung von sozialer Pflegeversicherung und gesetzlicher Krankenversicherung vor, um häufig auftretende Schnittstellenprobleme bei der Versorgung von
1428 Pflegebedürftigen, die gleichzeitig häufig auch multimorbide sind, zu vermeiden.
1429

1430 Dabei soll sich der Leistungsumfang der sozialen Pflegeversicherung dem Versicherungsprinzip in der Krankenversicherung angleichen. Da eigene Kinder für das Funktionieren des Sozialstaates unabdingbar sind, muss berücksichtigt werden, dass kinderlosen Versicherten aufgrund des Wegfalls der Kindererziehung mit all den damit verbundenen Kosten im höheren Maße die Bildung eigener Rücklagen für den Pflegefall zumutbar ist.
1431
1432
1433
1434

1435 Arzneimittelversorgung verlässlich machen

1436 Die zunehmende Wartezeit insbesondere auf lebenswichtige Medikamente, sowie eine Gefährdung gleichbleibender Versorgungsqualität zeigen Reformbedarf auf.
1437

1438 Folgende Forderungen der AfD ergeben sich daraus:

1439 Die überwiegende Monopolsituation und einseitige Abhängigkeit vom Ausland wird durch die Abschaffung der Rabattverträge und einer Ausweitung des Festbetragsmarktes, sowie einer Anpassung der Herstellerrabatte und eine Abschaffung der Reimportquote entgegengewirkt.
1440
1441

1442 Zur Vermeidung einer Überlastung des Arzneimittelbudgets werden diese Maßnahmen durch eine Ausweitung der Nutzenbewertung, auch für den patentgeschützten Anteil der Medikamente und durch die Absenkung der Umsatzsteuer für Medikamente von 19 auf 7 %, finanziert.
1443
1444 In anderen EU – Ländern gelten bereits für Medikamente ein abgesenkter Steuersatz oder sie sind ganz steuerbefreit.
1445
1446

1447 Eine Bevorratung von rezeptpflichtigen Medikamenten für mindestens zwei Monate muss von den Herstellern sichergestellt werden.
1448

1449 Für die Gewährleistung einer flächendeckenden und qualifizierten Versorgung mit Arzneimitteln müssen die inhabergeführten Apotheken erhalten bleiben, die mit ihrem Liefer-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsservice an 365 Tagen die Versorgung der Bürger vor Ort sicherstellen.
1450
1451

1452 Organspende, Sterbehilfe

1453 Eine Verpflichtung zur Organspende lehnt die AfD ab.

1454 Der Prozess des Sterbens ist durch die bewährte Palliativmedizin und einer passiven Sterbehilfe zu begleiten.
1455

1456 Cannabis nur in der Medizin

1457 Für medizinische Indikationen sollen unter ärztlicher Aufsicht Präparate mit dem Hauptwirkstoff zur Verfügung stehen. Wir befürworten den Ausbau der suchtpsychiatrischen Versorgung für eine dauerhafte Abstinenz von Drogen.
1458
1459

1460 Antibiotikaresistenzen vermeiden und konsequent begegnen

1461 Wir fordern verpflichtende Untersuchungen auf multiresistente Keime bei jedem stationären
1462 Krankenhausaufenthalt. Jede Klinik mit einer Intensivstation muss verpflichtend einen klini-
1463 schen Mikrobiologen beschäftigen. Desinfektions-Fußmatten, Händedesinfektion an Haupt-
1464 und Stationseingängen, die Umsetzung fester, verbindlicher Besuchszeiten und Abklatschab-
1465 striche in Kliniken, Pflegeheimen und ambulanten operativen Einrichtungen werden der le-
1466 bensbedrohlichen Vermehrung multiresistenter Keime entgegenwirken. Unangekündigte
1467 Qualitätskontrollen in Kliniken und Pflegeheimen, Beratungen und Sanktionen der Kas-
1468 sen(zahn-)ärztlichen Vereinigungen bei überdurchschnittlichem Antibiotikaverbrauch in Pra-
1469 xen runden diese Maßnahmen ab. Die Entwicklung von Reserveantibiotika in Deutschland so-
1470 wie der Phagentherapie sollen eine staatliche Förderung erfahren.

1471 Den Beruf des Heilpraktikers erhalten

1472 Ausbildungs- und Prüfungsstandards brauchen eine einheitliche, verbindliche Definition. Im
1473 Rahmen der freien Berufswahl muss es auch Ärzten ermöglicht werden, den Beruf des Heil-
1474 praktikers neben der ärztlichen Tätigkeit auszuüben.

1475 Anforderungen an ausländisches Personal im Gesundheitswesen

1476 Medizinisches Fachpersonal muss generell mindestens über Sprachkenntnisse auf dem
1477 Sprachniveau C1 verfügen. Die fachliche Qualifikation muss uneingeschränkt dem deutschen
1478 Standard genügen. Studien- und Ausbildungsbewerber, die sich auf den Einsatz in unterver-
1479 sorgten Gebieten festlegen, sind zu bevorzugen.

1480 Souveränität des Patienten über seine Daten herstellen

1481 Medizinische Behandlungsdaten zeichnen sich durch besonders hohe Sensibilität aus. Die AfD
1482 lehnt die Schaffung einer zentralen Datenbank mit der Anbindung von Kliniken, Praxen, the-
1483 rapeutischen Einrichten und Apotheken zur Speicherung vertraulicher Patientendaten ab. Wir
1484 befürworten eine patientennützige Speicherung von Notfalldatensätzen, einer Medikamenten-
1485 übersicht oder einer Patientenverfügung direkt auf einer Krankenversicherungskarte, über de-
1486 ren Nutzung der Patient eigenverantwortlich entscheidet.

1487 Medizinische Behandlungsdaten zeichnen sich durch besonders hohe Sensibilität aus. Die AfD
1488 lehnt die Schaffung einer zentralen Datenbank mit der Anbindung von Kliniken, Praxen, the-
1489 rapeutischen Einrichten und Apotheken zur Speicherung vertraulicher Patientendaten ab. Wir
1490 befürworten eine patientennützige Speicherung von Notfalldatensätzen, einer Medikamenten-
1491 übersicht oder einer Patientenverfügung direkt auf einer Krankenversicherungskarte, über de-
1492 ren Nutzung der Patient eigenverantwortlich entscheidet.

1493 WHO grundlegend reformieren

1494 Die Finanzierung sowie die personelle Struktur der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist
1495 grundlegend zu reformieren, um die Unabhängigkeit und Neutralität der WHO wiederherzu-
1496 stellen und dem Anspruch einer internationalen, also zwischenstaatlichen Organisation ge-
1497 recht zu werden. Die notwendigen Strukturanpassungen sollen zu einer Verschlinkung der
1498 WHO und damit zu einer Absenkung der aus Steuermitteln finanzierten Beiträge und Spenden
1499 führen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die WHO die begrifflichen Voraussetzungen für

1500 das Vorliegen einer Pandemie wieder um den bis 2009 gültigen Zusatz „eine enorme Anzahl
1501 von Todes- und Krankheitsfällen“ erweitert. Sollte eine grundlegende Reform nach diesen
1502 Maßstäben nicht durchsetzbar sein, sprechen wir uns für einen Austritt Deutschlands aus der
1503 Weltgesundheitsorganisation aus.

1504

Bildung, Wissenschaft und Forschung

1505

Mut zur Leistung statt Akademisierungswahn

1506

Ein leistungsorientiertes, differenziertes Bildungswesen ist die Grundlage unseres Wohlstands und wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Während seit Jahrzehnten jedoch die Abiturientenquote immer weiter steigt, fehlen den Auszubildenden und Studienanfängern grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten. Seit dem PISA-Schock vor 20 Jahren jagt eine Reform die andere, mit ständig weiterer Absenkung des Niveaus.

1507

1508

1509

1510

1511

Die Bildungsstandards aller Schulformen und Bildungseinrichtungen müssen wieder auf das Niveau einer führenden Wissenschafts- und Industrienation gehoben werden. Wir fordern die Abkehr von ausschließlicher Kompetenzorientierung und eine stärkere fachwissenschaftliche Ausrichtung des Unterrichts.

1512

1513

1514

1515

Mehrgliedriges Schulsystem erhalten

1516

Bildungsgerechtigkeit erfordert Differenzierung, nicht Gleichmacherei. Effizientes Lehren und Lernen ist nur möglich, wenn die Leistungsunterschiede zwischen den Schülern innerhalb einer Schulform begrenzt bleiben.

1517

1518

1519

Wir befürworten daher ein differenziertes, aber durchlässiges Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen der Schüler gerecht wird. Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen. Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) sind eine sinnvolle Ergänzung des staatlichen Bildungswesens.

1520

1521

1522

1523

1524

Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master

1525

Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährdet das Streben nach immer höheren Abiturientenquoten den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden.

1526

1527

1528

1529

Wir wollen das berufliche Bildungs- und Ausbildungssystem stärken. Der Wert der beruflichen Bildung muss stärker gewürdigt werden.

1530

1531

Schulen besser ausstatten – Digitalisierung mit Augenmaß

1532

Schulen benötigen eine moderne Ausstattung für den Informatikunterricht und für die Berufsausbildung in technischen Fächern. Informatikunterricht sollte an allen weiterführenden Schulen angeboten werden.

1533

1534

1535

Elektronische Lernformen können weder den vom Lehrer geführten Unterricht noch das Selbstlernen mit dem Schulbuch ersetzen. Studien zeigen, dass digitale Medien die Leistungen der Schüler verschlechtern oder keinen Einfluss haben. Das digitale Distanzlernen muss eine Ausnahme bleiben.

1536

1537

1538

1539 Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten

1540 Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu
1541 garantieren, ist in Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten
1542 in der Förderschule eine umfassende Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann.

1543 Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Förderschule
1544 muss wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden.

1545 Bildung und Migration

1546 Die Integration von Migranten, insbesondere den weniger gebildeten aus vornehmlich außer-
1547 europäischen Kulturkreisen, stellt für das deutsche Bildungssystem eine besondere Herausfor-
1548 derung dar. Es wird vielfach nicht gelingen, diese oftmals wenig vorgebildeten und kein
1549 Deutsch sprechenden jungen Menschen für die Anforderungen des deutschen Arbeitsmarkts
1550 zu qualifizieren. Diese Personengruppe wird den Sozialstaat daher dauerhaft belasten. Die AfD
1551 dringt darauf, bei einer zukünftig rational gesteuerten Einwanderungspolitik den Bildungs-
1552 stand als ein wesentliches Entscheidungskriterium zu berücksichtigen. Dafür können die Er-
1553 fahrungen aus Kanada und Australien wegweisend sein.

1554 Für schulpflichtige Asylbewerber muss es Ziel der Beschulung sein, diese auch für die Mög-
1555 lichkeit ihrer Rückkehr in ihr Heimatland vorzubereiten. Der Lernfortschritt einheimischer
1556 Schüler darf nicht beeinträchtigt werden. Solange die Migranten nicht hinreichend Deutsch
1557 sprechen, um am Regelunterricht teilzunehmen, ist ein Unterricht in ihrer Muttersprache eine
1558 Option.

1559 Neutralität der Schule wiederherstellen

1560 Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein. An deutschen Schulen
1561 wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Über-
1562 nahme ideologischer Vorgaben. Leitbild der schulischen Bildung muss immer der selbststän-
1563 dig denkende Bürger sein.

1564 Kompetenzorientierung entwertet Bildung

1565 Maßgeblich von Lobbygruppen initiiert, hat die Reduzierung der Bildungsanforderungen auf
1566 unkonkrete Kompetenzen zu einer empirisch nachweisbaren Niveausenkung geführt. Ge-
1567 schwätzig formulierte Kompetenzraster verdrängen Lehrinhalte. Bildung und das Streben
1568 nach Erkenntnis treten in den Hintergrund.

1569 Wir fordern, den Einfluss von Lobbygruppen auf unser Bildungswesen zu reduzieren.

1570 Deutsches Kulturgut im Unterricht vermitteln

1571 Das traditionelle deutsche Kulturgut (Literatur, Musik, Geschichte) ist immanenter Bestand-
1572 teil der deutschen Identität. Die AfD wird allen Bestrebungen, dieses aus den Lehrplänen zu
1573 entfernen, zu verfälschen oder zu reduzieren, entgegen wirken. Bereits ab der Grundschule
1574 müssen diese Inhalte zum Pflichtstoff des Unterrichts gehören.

- 1575 **Kein bekenntnisgebundener Islamunterricht an deutschen Schulen**
- 1576 Islamunterricht an deutschen Schulen dient derzeit nicht der Integration, sondern fördert ein
1577 Verharren in Einstellungen, die echte Integration verhindern. Da die islamischen Gemein-
1578 schaften in Deutschland keine kirchenähnliche Struktur aufweisen, kann ihnen das Privileg
1579 eines „bekenntnisgebundenen“ Religionsunterrichts an staatlichen Schulen nicht zugestanden
1580 werden.
- 1581 **Keine Sonderrechte für Muslime an unseren Schulen**
- 1582 Muslimische Schüler müssen genauso wie alle anderen Schüler auch am Sport- und Schwimm-
1583 unterricht sowie an Klassenfahrten teilnehmen. Nur so können wir der Herausbildung von Pa-
1584 rallelgesellschaften gegensteuern und den Schülern Teilhabechancen eröffnen, damit die An-
1585 passung an unsere deutsche Kultur gelingt.
- 1586 **Kein Koranunterricht durch verfassungsfeindliche Moscheevereine**
- 1587 Die Koranschulen in Deutschland werden zumeist von Moscheevereinen betrieben. Viele die-
1588 ser Vereine stehen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablehnend gegenüber.
1589 Wir fordern deshalb eine flächendeckende Überprüfung aller Moscheevereine auf Verfas-
1590 sungsfeindlichkeit Auch in Koranschulen muss die Lehrsprache Deutsch sein.
- 1591 **Keine Konfuzius-Institute an öffentlichen Bildungseinrichtungen**
- 1592 Über die sogenannten Konfuzius-Institute übt die kommunistische Partei Chinas Einfluss auf
1593 das Bildungsangebot an deutschen Universitäten und zunehmend auch an allgemeinbildenden
1594 Schulen aus. Dies steht im Widerspruch zum Neutralitätsgebot und zum Demokratieprinzip
1595 öffentlicher Bildungseinrichtungen. Wir wollen deshalb die Konfuzius-Institute aus den Hoch-
1596 schulen wieder herauslösen.
- 1597 **Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wieder einführen**
- 1598 Die EU-weite Harmonisierung von Studiengängen (Bologna-Prozess) hat zu einer Verschulung
1599 des Studiums geführt. Die akademische Freiheit wurde beschnitten, ein Studienplatzwechsel
1600 erschwert. Arbeitgeber kritisieren die geringe Qualifikation von Bachelor-Absolventen.
- 1601 Die AfD will eine Abkehr von Modularisierung und Kompetenz-Orientierung und die bewähr-
1602 ten Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen.
- 1603 **Autonomie der Hochschulen stärken, Freiheit von Forschung und Lehre be-
1604 wahren**
- 1605 Deutschland muss wieder ein Land der Spitzenforschung werden. Wir wollen eine höhere
1606 Grundfinanzierung der Hochschulen einführen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu
1607 verringern. Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber durch Aufnahmeprüfungen aus-
1608 zuwählen. Der durch politische Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen
1609 Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden.

1610 **Kein Geld für „Gender Studies“, keine Gender-Quoten**

1611 Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann
1612 und Frau verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien. Un-
1613 terschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis einer vermeint-
1614 lichen Diskriminierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert. Behauptungen der Gen-
1615 der-Ideologie stehen im Widerspruch zu Erkenntnissen der Biologie.

1616 Alle Fördermittel für die auf der Gender-Ideologie beruhende Lehre und Forschung. sind zu
1617 streichen. Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie lehnen
1618 wir ab. Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss al-
1619 lein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden.

1620

Kultur

1621 Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“

1622 Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte
1623 und unsere Kultur. Letztere sind auf engste verbunden mit dem Christentum, der Aufklärung,
1624 unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. Unsere Identität bestimmt die grund-
1625 legenden Werte, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Die deutsche Leit-
1626 kultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von
1627 anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist Vorausset-
1628 zung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deut-
1629 schen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes, die nicht durch einen Verfassungspatrio-
1630 tismus ersetzt werden kann.

1631 Kulturrelativismus und Multikulturalismus führen zu einem Neben- und Gegeneinander von
1632 Parallelgesellschaften, denen es an gemeinsamen Werten für das Zusammenleben fehlt. In ei-
1633 ner derart fragmentierten Gesellschaft entstehen Konflikte, die kaum noch beherrschbar sind.
1634 Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz vor dem Islam
1635 seine tradierte Kultur verliert.

1636 Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität

1637 Die Nationalsprache ist das Herz einer Kulturnation. Als zentrales Element deutscher Identität
1638 will die AfD die deutsche Sprache als Staatssprache im Grundgesetz festschreiben.

1639 An deutschen Bildungseinrichtungen darf das Deutsche nicht durch andere Sprachen zurück-
1640 gedrängt werden. Deutsch muss als Lehr- und Wissenschaftssprache erhalten bleiben. Arbeit-
1641 nehmer müssen das Recht haben, in ihren Unternehmen auf Deutsch zu kommunizieren.

1642 Die sogenannte „gendergerechte Sprache“ ist eine groteske Verunstaltung der deutschen Spra-
1643 che. Sie schafft keine Gleichberechtigung.

1644 Sprache darf kein Spielball ideologischer Interessen sein. Es darf keine Verpflichtung zur Ver-
1645 wendung der sogenannten „gendergerechten Sprache“ geben. Die Verwendung der „leichte
1646 Sprache“ sollte auf kognitiv beeinträchtigte Personen beschränkt bleiben.

1647 Kulturförderung

1648 Die Förderung von Kultureinrichtungen muss transparent sein. Die staatliche Kulturförderung
1649 darf nicht dazu missbraucht werden, die politische Willensbildung zu beeinflussen. Vereine
1650 und Stiftungen, die staatlich gefördert werden, müssen sich zur freiheitlich-demokratischen
1651 Grundordnung bekennen. Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer und will
1652 die kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes begrenzen.

1653 Brauchtum und Gedenken

1654 Brauchtum wirkt identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend. Deshalb wollen wir unser
1655 Brauchtum und unsere Mundarten pflegen, wozu lokale Kulturvereine einen wichtigen Beitrag
1656 leisten. Das Leid der Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden.

1657 Baudenkmäler und heimische Architektur prägen Heimatgefühl und kulturelle Identität. Die
1658 Schönheit historischer Innenstädte muss bewahrt und bei Bedarf durch Rekonstruktionen
1659 wiederhergestellt werden.

1660 Die deutsche Geschichte ist in ihrer Gänze zu würdigen. Die offizielle Erinnerungskultur darf
1661 sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch die Höhe-
1662 punkte im Blick haben. Wir wenden uns gegen die zunehmend aggressiven Versuche einer ide-
1663 ologisch geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung
1664 von Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmacht. Ein Volk ohne Nationalbewusst-
1665 sein kann auf die Dauer nicht bestehen.

1666 Die Debatte um eine angeblich notwendige „Dekolonisierung“ unserer Kultur, die mit einer
1667 Verteufelung des „weißen Mannes“ einhergeht, stellt das Selbstverständnis unserer kulturellen
1668 Identität insgesamt infrage. Die AfD stellt sich als einzige politische Kraft dieser Demontage
1669 unserer historisch-kulturellen Identität entgegen. Wir sind gegen eine pauschale Rückgabe
1670 von Sammlungsgütern.

1671

Medien

1672 Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk neu gestalten

1673 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird gegenwärtig durch Zwangsbeiträge finanziert. Damit
1674 wird der Wettbewerb zulasten der freien Medienanbieter verzerrt. Da die technischen Hürden
1675 zur Errichtung von Medienangeboten heute niedrig sind, besteht keine Notwendigkeit, einen
1676 Anbieter zu privilegieren.

1677 Die AfD will den Rundfunkzwangsbeitrag abschaffen und den Medien-Staatsvertrag kündigen.
1678 Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen sich auf die Kernaufgaben Kultur und Bil-
1679 dung, Information und Dokumentation beschränken.

1680 „Cancel Culture“ bekämpfen

1681 Jede Zensur von Meinungsäußerungen ist ein Angriff auf das Grundrecht der Meinungsfrei-
1682 heit. Eine Vormachtstellung in den sozialen Medien und im Bildungswesen darf nicht dazu
1683 missbraucht werden, die politische Willensbildung einseitig zu beeinflussen.

1684 Das Internet muss als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten bleiben. „Faktenprüfer“ und
1685 Meinungswächter dürfen keine staatliche Finanzierung erhalten.

1686 Über Subventionen, Unternehmensbeteiligungen und regierungspolitische Werbefinanzie-
1687 rung beeinflusst die Regierung auch die privaten Medien.

1688 Diese parteipolitische Medien-Beeinflussung lehnen wir ab. Beteiligungen an Medienunter-
1689 nehmen von Parteien wollen wir verbieten.

1690 Meinungsfreiheit statt Tugendterror

1691 Die übersteigerte Politische Korrektheit verschleiert die Wahrheit, tabuisiert unliebsame The-
1692 men und erstickt durch Sprach- und Denkverbote die freie Information und Diskussion. Das
1693 Zusammenrücken der Altparteien zu einem politischen Meinungskartell hat die linke Domi-
1694 nanz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und privaten Mainstream-Medien verfestigt. Auch
1695 die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist gefährdet. Berufliche Sanktionen, so-
1696 ziale Ächtung und gewaltsame Übergriffe lassen die verfassungsrechtlich garantierten Frei-
1697 heitsrechte zur Theorie verkümmern. Dies hat sich in der Corona-Krise in erschreckender
1698 Weise gezeigt.

Bauen, Wohnen, Mieten

1700 Fehlender Wohnungsneubau, Landflucht, die zunehmende Zahl der Ein-Personen-Haushalten,
 1701 sowie die ungezügelte und gesetzeswidrige Migration führen dazu, dass es für untere und
 1702 mittlere Einkommensgruppen in angespannten Märkten zusehends schwerer wird, eine be-
 1703 zahlbare Wohnung zu finden. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, müssen nicht nur die
 1704 Voraussetzungen für bedarfsgerechten Wohnungsneubau z. B. durch die Ausweisung von Bau-
 1705 land geschaffen werden, sondern auch die Kosten substanziell gesenkt werden. Die AfD fordert
 1706 daher die Reduktion der überzogenen Standards und Vorgaben, die Streichung der Energie-
 1707 einsparverordnung und den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges
 1708 Mindestmaß zurückzufahren. Wir benötigen eine bundesweite Vereinfachung und Vereinheit-
 1709 lichung des Baurechtes, eine Beschleunigung von Verfahren durch Bürokratieabbau und Digi-
 1710 talisierung. Die Grunderwerbsteuer auf selbstgenutzte Wohnimmobilien ist ersatzlos zu strei-
 1711 chen. Damit Einheimische besser auf das vorhandene Angebot zugreifen können, ist der Er-
 1712 werb von Wohnimmobilien durch Käufer ohne Deutsche Staatsbürgerschaft, deren Haupt-
 1713 wohnsitz im Ausland liegt, über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20 Prozent zu er-
 1714 schweren. Die Grundsteuer und Gebühren wie die EEG-Umlage und die GEZ-Gebühren
 1715 (Haushaltsabgabe) sind zu streichen. Der Ausgleich der Grundsteuer an die Gemeinden ist
 1716 vom Bund zu leisten.

1717 Wohneigentumsförderung

1718 Wohneigentum befreit den Bürger von der Mietzahlung. Es trägt zum Vermögensaufbau bei,
 1719 minimiert die Belastung durch Wohnkosten im Alter und vermindert damit Altersarmut. Da-
 1720 neben ist aber Eigentum auch ein sozialer Faktor, der vielfach unterschätzt wird. Wohngebiete
 1721 mit einer hohen Eigentumsquote sind sozial stabil. Eigentum führt zu einem verantwortlichen
 1722 Umgang mit einer Wohnung und stabilisiert das soziale Umfeld. Die AfD will die Schaffung
 1723 von Wohneigentum durch folgende Maßnahmen fördern: Staatliche Wohnungsunternehmen
 1724 sollen Mietern ihre Wohnung zum Kauf anbieten. Insbesondere für junge Familien ist das Erb-
 1725 baurecht als kostengünstiger Einstieg in das Eigentum auszubauen. Wohnungsbaugenossen-
 1726 schaften sollen bei Vergabe von Wohnbauland bevorzugt werden, um mehr Bürgern den Ein-
 1727 stieg in das Wohneigentum zu erleichtern. Staatliche Bürgschaften als Eigenkapitalersatz für
 1728 bis zu 10% des Objektwertes sollen den Kauf von Wohnraum erleichtern. Wir fordern eine
 1729 steuerliche Sonderabschreibung für die eigengenutzte Immobilie.

1730 Mehr Wohngeld statt Sozialer Wohnungsbau

1731 Der bisherige soziale Wohnungsbau ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der Berech-
 1732 tigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den Steuerzahler.
 1733 Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu unterstützen, wodurch
 1734 eine soziale Durchmischung gewährleistet wird. Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine
 1735 Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen. Die AfD
 1736 steht für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investiti-
 1737 onshemmnisse wie die Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab.

1738

Klima, Energie, Technik und Digitalisierung

1739

Dem Klimawandel positiv begegnen

1740

Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen auf faktisch Null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau der Gesellschaft („Große Transformation“ / „Great Reset“) und bedroht unsere Freiheit immer mehr. Die AfD lehnt dieses Ziel und einen Gesellschaftsumbau ab.

1741

1742

Begründet wird der radikale Umbau von Industrie und Gesellschaft mit der Behauptung, dass durch eine Dekarbonisierung, also den Verzicht auf die Nutzung von Kohle, Öl und Gas, eine vom Menschen gemachte „Klimakatastrophe“ noch verhindert werden könne. Wir halten diese These und die daraus abgeleiteten Maßnahmen für falsch.

1743

1744

1745

1746

1747

Das Spurengas CO₂ ist als Voraussetzung für alles Leben unverzichtbar. Der Anstieg der Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre hat in den letzten Jahrzehnten zu einem Ergrünen der Erde beigetragen.

1748

1749

1750

Niemand streitet die jüngste globale Erwärmung ab. Die AfD bezweifelt aber, dass diese nur negative Folgen hat. Statt einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas zu führen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen, so wie es Pflanzen und Tiere auch tun. Die Menschheitsgeschichte belegt, dass Warmzeiten immer zu einer Blüte des Lebens und der Kulturen führten, während Kaltzeiten mit Not, Hunger und Kriegen verbunden waren. Es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist. Die jüngste Erwärmung liegt im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, wie wir sie auch aus der vorindustriellen Vergangenheit kennen.

1751

1752

1753

1754

1755

1756

1757

1758

Kernforderungen zur Klimapolitik

1759

- Bei allen Klimamaßnahmen muss das Verhältnis von Aufwand und Nutzen stärker berücksichtigt werden. Der Anspruch auf eine deutsche Vorbildfunktion bei der „Klimarettung“ ist anmaßend.

1760

1761

1762

- Den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung und Dekarbonisierungsmaßnahmen lehnt die AfD ab.

1763

1764

- Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen. Deutschland muss aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.

1765

1766

1767

- Die AfD fordert einen öffentlichen, freien Diskurs über die Ursachen von Klimaveränderungen und die verheerenden Folgen einer Dekarbonisierung.

1768

1769

- Jegliche Form der CO₂-Besteuerung ist abzuschaffen.

1770

Technischen Fortschritt begrüßen

1771

Technischer Fortschritt wird in Deutschland zunehmend nicht mehr als Chance für unser rohstoffarmes Land gesehen, sondern aufgrund von Ängsten be- oder verhindert. Die AfD stellt sich gegen diese Entwicklung und versucht, in Gesellschaft und Parlamenten eine positive Zu-

1772

1773

- 1774 künftserwartung zu vermitteln. Nicht Verzicht, Rückschritt und Sozialismus haben die Um-
1775 weltbelastungen seit Jahrzehnten reduziert, sondern technischer Fortschritt und eine auf kla-
1776 ren Regeln basierende Marktwirtschaft.
- 1777 Techniken müssen dem Wohl der Bürger, der Wirtschaft und auch unserer Heimat, d.h. der
1778 Umwelt, zugute kommen. Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen auf der Grundlage
1779 des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik zu formulieren. Sicherheit und Wirt-
1780 schaftlichkeit jeder Technik ist durch die Anwender sicherzustellen.
- 1781 Darum fordert die AfD, den Herausforderungen der Gegenwart technologieoffen zu begegnen.
- 1782 Gesicherte und günstige Energieversorgung ist eine der Grundvoraussetzungen von Wohl-
1783 stand, Sicherheit und Gesundheit. Diese sicherzustellen ist Kernaufgabe des Staates. Energie-
1784 politik bedeutet, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Energieversorgung gesichert, um-
1785 weltfreundlich und kostengünstig im Rahmen des freien Marktes gewährleistet ist. Teure und
1786 knappe Energie lässt Industrien abwandern und schränkt den Lebensstandard breiter Teile
1787 der Bevölkerung, grade auch der unteren Einkommensgruppen, drastisch ein.
- 1788 **Energie – Nein zum „Green Deal“**
- 1789 Wir lehnen den „Green Deal“ der EU, sowie jegliche weitere Formen von Planwirtschaft ab.
- 1790 Wir wollen das EEG ersatzlos streichen und die Vorrang einspeisung beenden. Die sichere
1791 Energieversorgung eines Industrielandes erfordert einen breiten Energiemix. Eine komplette
1792 Umstellung unserer Energieversorgung auf volatile „erneuerbare“ Energielieferanten ist un-
1793 ökologisch, unrealistisch und daher abzulehnen.
- 1794 In Wäldern und Schutzgebieten dürfen keine Wind- und Solaranlagen mehr errichtet werden.
- 1795 Vorrangflächen für Windenergieanlagen sollen nur bei breiter Zustimmung der betroffenen
1796 Bürger ausgewiesen werden.
- 1797 Der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung muss das 10-fache der Ge-
1798 samthöhe, mindestens jedoch 2,5 km, betragen.
- 1799 Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung gefallen sind, sollen ohne Subventionen und
1800 Einspeisevorrang am Markt teilnehmen. Ein Rückbau von Windenergieanlagen hat vollstän-
1801 dig zu erfolgen, inklusive der Betonfundamente.
- 1802 Die AfD lehnt das neue GEG (Gebäudeenergiegesetz) ab, denn es führt zu weiteren Mietstei-
1803 gerungen ohne angemessene ökologische Verbesserungen.
- 1804 Die Laufzeit der in Deutschland noch verbliebenen sechs aktiven Kernkraftwerke muss sich
1805 nach der technischen Nutzungsdauer und ökonomischen Kriterien richten. Eine Abschaltung
1806 aus anderen Gründen lehnen wir ab. Deutsche Kernkraftwerke gehören zu den sichersten der
1807 Welt.
- 1808 Verwertbare Kernkraftwerk-Reststoffe sollten für eine zukünftige Nutzung rückholbar gelagert
1809 werden („geschlossener Brennstoffkreislauf“). Das vollständig erforschte und uneingeschränkt
1810 geeignete Endlager in Gorleben soll schnellstmöglich in Betrieb genommen werden. Die End-
1811 lagerfrage ist ein politisch aufgebauschtes Nichtproblem, denn die Endlagerung von auf ewige

- 1812 Zeiten giftigem chemischem Müll z.B. in ehemaligen Salzbergwerken ist seit Jahrzehnten auch
1813 gesellschaftlich akzeptierte Praxis.
- 1814 Die AfD setzt sich für die Verstromung von Braun- und Steinkohle als grundlast- und regelfä-
1815 hige Energiequelle ein. Deutschland hat die weltweit saubersten und effizientesten Kohlekraft-
1816 werke. Daher lehnen wir die Ausstiegspläne aus der Kohleverstromung ab.
- 1817 Für die Sicherstellung der Energieversorgung benötigen wir weitere flexible Gaskraftwerke.
1818 Dazu ist die Gasversorgung durch die Fertigstellung des Projektes Nord Stream 2 zu sichern.
1819 Auch die Anlandung von Flüssiggas muss ermöglicht werden.
- 1820 Sogenannte Energiepflanzen wollen wir nicht mehr fördern und Ackerflächen stattdessen wie-
1821 der für den Nahrungsmittelanbau nutzen. Alternativ können diese Flächen der Natur zurück-
1822 gegeben werden.
- 1823 Die AfD fordert die Wiedereinrichtung von Kernforschungszentren und umfangreiche Beteili-
1824 gung an internationalen Kernforschungsprojekten zur Sicherstellung des notwendigen Wis-
1825 sens zum Betrieb und Bau von Kernreaktoren sowie zur Erforschung fortschrittlicher Reaktor-
1826 konzepte der Generation III+ und IV, als auch von Brutreaktoren und Fusionsenergie. Die AfD
1827 tritt ein für die Neueinrichtung von sicheren Kernkraftwerken, um Energieknappheit für den
1828 Industriestandort Deutschland und seine Bürger zu vermeiden.
- 1829 Die Bevorzugung und Förderung einer Wasserstoffwirtschaft lehnen wir ebenso ab, wie die
1830 einseitige Förderung der Elektromobilität. Technikoffenheit gilt auch für die Nutzung von
1831 Wasserstoff und Elektromobilität. Beide erfordern ein ökologisch, energetisch und ökonomisch
1832 unsinniges paralleles Infrastruktursystem. Aufgrund hoher und günstiger Verfügbarkeit
1833 aus Erdgas besteht kein Bedarf an durch volatile „erneuerbare“ Energieträger erzeugtem Was-
1834 serstoff, eine großtechnische Herstellung daraus ist bisher gar nicht möglich.
- 1835 Im Bereich der privatwirtschaftlichen Luft- und Raumfahrt setzt sich die AfD für Wettbewerb
1836 ein und will den Rahmen für federführende Unternehmen und eine europäische Zulieferin-
1837 dustrie schaffen, um konkurrenzfähig zu bleiben.
- 1838 Wir unterstützen die Fortsetzung und den Ausbau nationaler und internationaler Raumfahrt-
1839 programme zur weiteren Erschließung des Weltraumes für die Wissenschaft, als Rohstoff-
1840 quelle und als möglicher neuer Lebensraum für den Menschen.
- 1841 Wir wollen eine Aufklärungsinitiative über den heute schon sichtbaren Nutzen der Gentechnik
1842 ins Leben rufen und einen pragmatischen Ordnungsrahmens für diese Technik schaffen. Ge-
1843 nerelle Verbote von Kunststoffen lehnen wir ab und setzten uns für deren intelligente Nutzung
1844 und verstärkte Wiederverwertung ein.
- 1845 Die AfD setzt sich für die Schaffung von Kompetenzzentren zur Erforschung von Abfallbesei-
1846 tigungs- und Rohstoffrückgewinnungstechniken ein. Deutschland ist bei der umweltgerechten
1847 Beseitigung von Abfällen und Wiedergewinnung von Rohstoffen gut aufgestellt, entsprechen-
1848 des Know How ist weltweit gefragt. Dies gilt auch für Kunststoffe, da der überwiegende Teil
1849 zur Energieerzeugung wiedergewonnen oder dem Stoffkreislauf wieder zugeführt wird. Inter-
1850 national muss jedoch das Problem der Verschmutzung der Meere vor allem durch die Verrin-
1851 gerung des Eintrages in den Entwicklungsländern gelöst werden. Mit wettbewerbsfähigen
1852 Wiederaufbereitungstechnologien könnte Deutschland hier einen wichtigen Beitrag leisten.

1853 Digitalisierung muss den Menschen dienen

1854 In der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sehen wir eine Chance für die Verbes-
1855 serung des Lebens für alle Bürger. Als freiheitliche und demokratische Partei wendet sich die
1856 AfD jedoch gegen jeglichen Missbrauch digitaler Techniken, die zur Überwachung oder Bevor-
1857 mundung von Bürgern und Unternehmen führen. Wir fordern auch hier die Einhaltung des
1858 Grundgesetzes und aller rechtsstaatlichen Prinzipien bei der Erstellung und Nutzung von di-
1859 gitalen Diensten. Grundrechte und Meinungsfreiheit gelten auch im Internet.

1860 Im Einzelnen verlangen wir:

- 1861 • Keine Anwendung von Digitalisierung, die totalitäre Strukturen befördert.
- 1862 • Das NetzDG wieder abschaffen.
- 1863 • Rechtsstaatliche Prinzipien müssen auch im digitalen Bereich gelten: im Internet, in sozi-
1864 alen Medien und Plattformen.
- 1865 • Anbieter von sozialen Plattformen müssen verpflichtet werden, einen diskriminierungs-
1866 freien Zugang zu ermöglichen und inhaltliche Neutralität zu wahren. Entscheidungen über
1867 die Rechtmäßigkeit von Inhalten auf Plattformen sollen regelmäßig nicht mehr beim Be-
1868 treiber liegen. Die Justiz allein hat die Befugnis und die Fähigkeiten, über die Zulässigkeit
1869 von Inhalten zu entscheiden.
- 1870 • Eine zentrale Meldestelle, an die sich von Rechtsverletzungen auf Plattformen betroffene
1871 Bürger und Einrichtungen wenden können. Auf Länderebene soll es Schwerpunkt-Justiz-
1872 zentren für die Rechtsdurchsetzung im Netz geben.

1873 Datenschutz und Datensicherheit

1874 Wir stehen für Datenschutz und Datensicherheit ohne ausufernde Bürokratie:

- 1875 • Die AfD fordert die Abschaffung der DSGVO und seine Ersetzung durch ein neues, schlan-
1876 kes Datenschutzgesetz zur Wahrung informationeller Selbstbestimmung. Einwilligungen
1877 zur Datenverarbeitung müssen jederzeit und wirksam widerrufbar sein.
- 1878 • Datenschutzbehörden will die AfD in Ihrer Rolle bestärken und auch gegenüber staatli-
1879 chen Stellen sanktionsfähig machen, da der Staat dieselben Datenschutzregeln wie der
1880 Bürger einzuhalten hat.

1881 Infrastruktur ist die Grundlage für den weiteren Ausbau der Digitalisierung

- 1882 • Die AfD fordert die Förderung regionaler Strukturen auch beim Glasfaser- und Funknetz-
1883 ausbau nach dem Vorbild des „nationalen Roamings“. Der Netzübergang zwischen Betrei-
1884 bern muss für Nutzer unbemerkt und kostenneutral erfolgen.
- 1885 • Der 5G-Netzausbau muss bei künftiger Nutzung höherer Frequenzen im Hinblick auf ge-
1886 sundheitliche Risiken auch weiterhin durch laufende wissenschaftliche Untersuchungen
1887 begleitet werden. Eine vorschnelle flächendeckende Einführung lehnen wir ab, bis die ge-
1888 sundheitliche Unbedenklichkeit erwiesen ist

1889 Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

1890 Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung hat sowohl intern als auch in der Interaktion
1891 mit den Bürgern noch viel Potential. Die AfD fordert die bessere finanzielle und beratende Un-
1892 terstützung von Kommunen bei OZG (OnlineZugangsGesetz) – Projekten, zu denen sie vom
1893 Bund verpflichtet wurden.

1894 • Die AfD fordert, digitale Verwaltungsprozesse zu verschlanken und zu vereinheitlichen.
1895 Das E-Government ist weiter auszubauen, dem Bürger aber eine gleichwertige, nieder-
1896 schwellige, persönliche Kontaktaufnahme zu ermöglichen. Bezahlung von Gebühren jeder
1897 Art muss mit Bargeld erfolgen können.

1898 • Die AfD fordert den bevorzugten Einsatz (ggf. zu entwickelnder) quelloffener Software für
1899 digitale Verwaltungsprozesse. Dies gilt auch für den Betrieb von Servern und Arbeitsplatz-
1900 rechnern.

1901 Digitale Souveränität

1902 Zur Verbesserung der Sicherheit digitaler Verwaltungssysteme fordert die AfD die Bündelung
1903 europäischer IT-Kompetenzen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungskooperationen
1904 mit dem Ziel, europäische Hard- & Systemsoftware zu entwickeln, um von Lösungen außereu-
1905 ropäischer Anbieter unabhängiger zu werden.

1906 Die AfD will Behörden verpflichten, das Beschaffungswesen an langfristigen strategischen und
1907 sicherheitspolitischen Erwägungen auszurichten.

1908 Künstliche Intelligenz ist eine Technik der Zukunft mit hohem wirtschaftlichen Potential, die
1909 Konkurrenz mit multinationalen Konzernen in diesem Bereich ist jedoch schwer. Daher wollen
1910 wir die Kompetenzen im Bereich KI in der Bundesrepublik besser bündeln und nationale Ko-
1911 operationen stärker fördern.

1912 Verkehrspolitik

1913 Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus.
1914 Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskri-
1915 miniert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl
1916 des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.

1917 Motorisierten Individualverkehr schützen

1918 Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste Möglich-
1919 keit der Fortbewegung. Intelligente Technik und stauvermeidende Verkehrsführung schützen
1920 die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft belegte Maßnahmen, wie z.B. Dieselfahrverbote o-
1921 der Umweltpuren erreichen das nicht. Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und Ausbau von
1922 innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos
1923 sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels. Die AfD lehnt zudem Kollektivmaßnah-
1924 men wie Fahrverbote für Motorräder aufgrund Fehlverhalten Einzelner ab. Grundsätzlich setzt
1925 die AfD auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger.

1926 Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasser- 1927 wege verlagern

1928 Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab. Viele Autobahnen
1929 und Brücken in Deutschland müssen seit langem dringend saniert und instandgesetzt werden.
1930 Das geht nur mit effizienten Maßnahmen in der Planung und Ausführung von Baustellen und
1931 mit schneller Arbeit der Verwaltung. Zudem fordert die AfD mehr Lkw-Parkplätze sowie kon-
1932 sequente Anwendung bestehender Lkw-Überholverbote zur Sicherheit aller Verkehrsteilneh-
1933 mer. Das Konzept der „Rollenden Landstraße“ und des Wechselbrückenumschlages soll für die
1934 Transitverbindungen durch Deutschland mit regelmäßigen Taktungen etabliert werden. Das
1935 Netz an Verladestellen und multimodalen Güterverkehrszentren (Straße, Schiene und Wasser-
1936 wege) ist zu verdichten.

1937 Sichererer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr

1938 Für den Schienenpersonenverkehr muss Deutschland ein besser ausgebautes und abgestimm-
1939 tes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten, das sich am einfachen und zuverlässigen
1940 Modell der Schweiz orientiert. Pünktlichkeit, Sicherheit und Sauberkeit sowie eine optimale
1941 Taktung von Bus-, Bahn- und Vernetzung mit dem Flugverkehr müssen gewährleistet werden.
1942 Die AfD unterstützt den Ausbau des zu lange vernachlässigten Schienennetzes – insbesondere
1943 die Beseitigung von Engpässen und die Erweiterung des Hochgeschwindigkeitsnetzes. Beim
1944 angestrebten Deutschlandtakt muss eine Verkürzung der Reisezeiten auf allen Verbindungen
1945 das oberste Ziel sein.

1946 Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken

1947 Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutsch-
1948 land und darf nicht kurzfristig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden.
1949 Deutschlands Flughäfen sind als Wirtschaftsfaktor zu stärken. Künftiges Wachstum soll unter
1950 innovativer Einbeziehung der umliegenden und schwächer ausgelasteten Verkehrsflughäfen
1951 auch innerhalb des Sicherheitsbereichs (Gate-to-Gate) geschehen.

1952 Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehrsteuer und richtet sich gegen unrealisti-
1953 sche EU-CO₂-Reduktionsziele. Im Rahmen eines „Luftverkehrskonzepts 2021“ sind Deutsch-
1954 lands Flughäfen als Wirtschaftsfaktor zu stärken.

1955 Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten

1956 Die AfD sieht die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie. Ge-
1957 rade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand, insbesondere der metall-
1958 verarbeitenden Industrie, ist abhängig vom Fortbestand des Verbrennungsmotors. Es ist daher
1959 die Aufgabe der Bundesregierung, auf nationaler und europäischer Ebene für eine technolo-
1960 gieoffene Gesetzgebung zu sorgen. Die heutige einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist
1961 auf Grund mangelnder Stromkapazitäten und der globalen Umweltbelastung bei der Batterie-
1962 produktion sofort zu stoppen. Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebs-
1963 formen abgelöst wird oder weiter existiert, muss eine Frage des technischen Fortschritts sowie
1964 des Marktes werden und darf nicht auf der Verbotspolitik der EU basieren. Wenn die beste-
1965 hende, realitätsfremde EU-CO₂-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht verhindert

1966 werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff für Verbrennungs-
1967 motoren zu berücksichtigen. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, welche mit synthetischem
1968 Kraftstoff angetrieben werden, müssen hinsichtlich Ihrer Abgabenlast gegenüber elektrisch
1969 angetriebenen Fahrzeugen eine Gleichbehandlung erfahren. Dies gilt sowohl für den Energie-
1970 träger selbst als auch für das Fahrzeug insgesamt.

1971 Stadt und Land gleichrangig entwickeln

1972 Seit Jahrzehnten prägen Landflucht und Verstädterung das Bild unseres Landes. Es braucht
1973 einen grundlegenden Politikwechsel, um diese Entwicklung umzukehren. Wir wollen gleich-
1974 wertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland, die Wahrung und zukunftsfä-
1975 hige Weiterentwicklung regionaler Identität in allen Teilräumen des Landes. Die Lebenswei-
1976 sen und Werte in Stadt und Land sind gleichrangig und ergänzen sich. Mit einer traditionsbe-
1977 zogenen, familienfreundlichen und selbstbewussten Gestaltung des ländlichen Lebensraumes
1978 wollen wir unsere Heimat wieder ins Gleichgewicht bringen. Zur Sicherung der kommunalen
1979 Eigenverantwortung werden wir das Finanzvolumen und die Handlungsspielräume der Ge-
1980 meinden deutlich vergrößern.

1981 Entscheidungen näher zum Bürger bringen

1982 Die Regionen und Landkreise wollen wir für Wirtschaftsförderung, Stärkung regionaler Kul-
1983 tur, Daseinsvorsorge, Verkehr und Digitalisierung stark machen. Die EU, Bund und Land sol-
1984 len weniger regulierend in die kommunale Selbstverwaltung und die Gestaltungsmöglichkei-
1985 ten der Regionen eingreifen.

1986 Landschaft als Teil regionaler Identität

1987 Bei Umwelt- und Landschaftsschutz wollen wir eine starke regionale Verankerung. Für die hei-
1988 matliche Landschaft wollen wir die Privilegierung von energieerzeugenden Anlagen ausschlie-
1989 ßen. Die Weiterentwicklung bestehender Siedlungsflächen ist zu ermöglichen. Bei der notwen-
1990 digen Inanspruchnahme von Flächen setzen wir auf schonende Landnutzung in Eigenverant-
1991 wortung der Regionen und Kommunen.

1992 Unser Leitbild ist die polyzentrische Stadt und der lebenswerte, fußläufige, familienfreundli-
1993 che Stadtteil. Wir stehen für den Erhalt des kulturellen Erbes, ortsübliches Bauen und sorgfäl-
1994 tige Rekonstruktion von historischen Ortskernen und Einzelgebäuden. Großstädte und ihr
1995 ländliches Umland sind als Einheit zu denken. Wir wollen Sie entlang der Verkehrsachsen
1996 räumlich weiterentwickeln, die Siedlungsentwicklung im Umland fördern und die Verdich-
1997 tungsräume entlasten.

1998 Infrastruktur

1999 Soziale und technische Infrastrukturen sind die Grundlage unseres heutigen Zusammenle-
2000 bens. Obwohl wir sie als selbstverständlich wahrnehmen, steigt für die Kommunen der Inves-
2001 titionsstau für die bedarfsgerechte Bereitstellung immer weiter an. Die AfD ist sich dessen be-
2002 bewusst, dass intakte und flächendeckend ausgebaute Infrastrukturen die Voraussetzung für
2003 prosperierende Wirtschaft sind und ein sehr wichtiges Mittel gegen den fortschreitenden Be-
2004 völkerungsrückgang auf dem Land darstellen.

2005 Kommunen stärken – Erfüllung der Pflichtaufgaben sicherstellen

2006 Die Kommunen müssen bei der Erfüllung Ihrer Pflichtaufgabe zur Daseinsvorsorge finanziell
2007 wesentlich besser ausgestattet und länderübergreifend in Planungen eingebunden werden.
2008 Daseinsvorsorge ist als hoheitliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen zu betrachten
2009 und soll in öffentlicher Hand bleiben, um den hoheitlichen Zugriff zu sichern.

2010 Ausbau digitaler Infrastrukturen beschleunigen

2011 Aus Sicht der AfD gehört hierzu auch die flächendeckende, anbieteroffene Bereitstellung von
2012 Glasfaseranschlüssen und eines leistungsfähigen, flächendeckenden Mobilfunknetzes. Die
2013 derzeitige Praxis der Mobilfunk-Frequenzbandversteigerung kann zum Hindernis für den flä-
2014 chendeckenden Ausbau und Preistreiber für den Endkunden werden und muss deshalb grund-
2015 legend überdacht werden. Der derzeitige Ausbau des Glasfasernetzes in Deutschland ist von
2016 Insellösungen und „Weißen Flecken“ in den ländlichen Gebieten und Parallelstrukturen in den
2017 Ballungsräumen geprägt. Eine bessere und flächendeckende Koordination ist hier zwingend
2018 erforderlich.

2019 Nord Stream 2 endlich fertigstellen

2020 Die AfD unterstützt den Ausbau der Nord Stream 2 – Pipeline. Durch deren Anbindung an
2021 Deutschland kann unseren Bürgern ein kostengünstiger Primärenergieträger zur Verfügung
2022 gestellt werden.

2023

Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz

2024 Reine Luft und sauberes Wasser, gesunde und verantwortungsbewusst erzeugte Lebensmittel
2025 sowie naturnahe Lebensräume sind lebenswichtige Allgemeingüter, deren Schutz zu den Prio-
2026 ritäten der AfD zählt. Unsere Politik orientiert sich dabei an den Zielen der Nachhaltigkeit und
2027 Versorgungssicherheit als wertkonservative Prinzipien.

2028 Bei Verbrauchern wie Erzeugern wollen wir eigenverantwortliches Handeln fördern. Falls
2029 möglich, sollten die Verbraucher auf regional erzeugte Lebensmittel zurückgreifen können.
2030 Dabei kommt es uns nicht darauf an, ob sie aus biologischer oder konventioneller Produktion
2031 kommen, sondern entscheidend ist die Qualität der Produkte.

2032 Die heimische Land- und Forstwirtschaft ist unverzichtbar für die Versorgung mit wichtigen
2033 Allgemeingütern. Wir wollen mehr Selbstversorgung in Deutschland mit heimischen Nah-
2034 rungsmitteln möglich machen. Die fortschreitende Entmündigung von Landwirten, Jägern
2035 und Verbrauchern durch immer mehr europäische Regulierungen muss ein Ende haben. Ent-
2036 scheidungen müssen unter Einbeziehung aller Beteiligten auf der Grundlage rationaler Fak-
2037 tenanalysen statt ideologischen Wunschenkens getroffen werden.

2038 EU-Agrarpolitik renationalisieren

2039 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU hat bisher mehr Schaden als Nutzen gebracht.
2040 Wir wollen die Zuständigkeit für die Agrarpolitik deshalb wieder in die alleinige Verantwor-
2041 tung der Nationalstaaten legen.

2042 Deutschland ist der größte Nettoeinzahler in den EU-Haushalt. Landwirte anderer Staaten sol-
2043 len nicht mit deutschem Steuergeld subventioniert werden. Um bis zur Renationalisierung
2044 gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen, die Landschaftspflege zu belohnen und die ex-
2045 tensive Nutztierhaltung zu fördern, setzt sich die AfD für die Einführung einer bundesweiten
2046 Weidetierprämie ein. Darüber hinaus müssen Agrarumweltmaßnahmen derart gestalten wer-
2047 den, dass sie lebensfähige ländliche Strukturen in unserer Heimat erhalten und den agrartechni-
2048 schen Fortschritt sichern.

2049 Grüne Berufe wertschätzen

2050 Die verschiedenen Sparten der Flächenbewirtschaftung – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau,
2051 Forstwirtschaft, Gartenbau und Imkerei – tragen zur Pflege der Kulturlandschaft, der Schaf-
2052 fung regionaler Arbeitsplätze und zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebens-
2053 mitteln in unserem Land bei. Wir setzen uns ein für eine realitätsbezogene Bildung zum Thema
2054 „Grüne Berufe“ und die sich daraus ergebende Wertschätzung für Leistungen und Produkte
2055 der Landwirte. Bevor agrarpolitische Maßnahmen eingeführt werden, muss geprüft werden,
2056 wie sie sich auf das Einkommen der Bauern auswirken und welchen ökologischen Nutzen sie
2057 erbringen.

2058 Familienbetriebe in den Mittelpunkt stellen

2059 Die Agrarförderung muss die Leistungen kleinerer und mittlerer Familienbetriebe berücksich-
2060 tigen und die Hofnachfolge vereinfachen. Die Landwirtschaft ist zu entbürokratisieren, um die
2061 Bauern zu entlasten. Weder deutsche noch EU-Behörden sollen sich in deren Wirtschaftsweise

2062 einmischen, etwa bei der Wahl der Fruchtfolge. Um unsere vielfältigen Agrarstrukturen zu er-
2063 halten, wollen wir Junglandwirte besserstellen, die ihre Agrarflächen selbst bewirtschaften.
2064 Wir setzen uns dafür ein, den Aufkauf von Flächen durch landwirtschaftsfremde Investoren zu
2065 erschweren. Landwirtschaftliche Existenzgründer wollen wir von der Grunderwerbsteuer be-
2066 freien.

2067 Düngung am Bedarf der Pflanze orientieren

2068 Eine ausreichende Versorgung von Kulturpflanzen mit notwendigen Düngemitteln ist für das
2069 Pflanzenwachstum, die Bodenfruchtbarkeit und Ernährungssicherheit unverzichtbar. Die ver-
2070 schärfte neue Düngeverordnung widerspricht jedoch der guten landwirtschaftlichen Praxis
2071 und gefährdet den Anbau von Kulturpflanzen mit hohem Nitratbedarf, wie z.B. Kartoffeln, Ge-
2072 treide und Mais. Die AfD fordert die Revision der Düngemittelverordnung, die Aufhebung der
2073 pauschalen Reduktion der Düngemengen und die präzise Ermittlung von Eintragsquellen nach
2074 dem Verursacherprinzip unter Beachtung von Kostenwirksamkeit und Verhältnismäßigkeit.

2075 Praxiskonformen Pflanzenschutz etablieren

2076 Ein wirksamer Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis ist die Grundlage jeglicher land-
2077 wirtschaftlichen Produktion. Für unsere Landwirte muss dabei die Zulassung, die Nutzung
2078 und der Handel von alten Kultursorten möglich sein, um die Sortenvielfalt für den Verbraucher
2079 zu erhöhen. Die bewährten Zulassungsstandards im Hinblick auf Umwelt-, Gesundheits- und
2080 Verbraucherschutz dürfen dabei weder vernachlässigt noch praxisfern verschärft werden. Die
2081 fachliche und wissenschaftliche Nutzen- und Risikobewertung von Wirkstoffen sowie der Um-
2082 gang mit Giftpflanzen und Gentechnik müssen unabhängige Forschungseinrichtungen über-
2083 nehmen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung muss für diese Aufgabe strukturell und per-
2084 sonell besser ausgestattet werden.

2085 Tierwohl, Haltung und Transport weiterentwickeln

2086 Die AfD steht für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne unserer Ver-
2087 antwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. Wir wollen in der Nutztierhaltung artgerechte
2088 Haltungssysteme fördern, die an die Tierart angepasst sind und wollen die Kopplung der Tier-
2089 haltung an die Fläche. Dazu gehört auch, dass Lager- und Stallanlagen, die den Umwelt- und
2090 Tierschutz verbessern, innerhalb von drei Monaten und mit weniger Auflagen genehmigt wer-
2091 den müssen.

2092 Die Dauer der Betäubung muss für den gesamten Schlachtvorgang gewährleistet sein – Aus-
2093 nahmen hiervon sind unzulässig. Darüber hinaus fordert die AfD eine Einschränkung der Ex-
2094 porte von lebenden Schlachttieren in Länder mit bekannten Verstößen beim Tierschutz. Tier-
2095 schutzgesetze müssen für alle gleichermaßen gelten. Deshalb lehnen wir auch den Handel, die
2096 Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung (Schächtung) ab. Es
2097 ist unsere ethisch gebotene Pflicht zum Wohl der Tiere, den Lebendtransport von Schlachttie-
2098 ren zu reduzieren und in Drittländer, wo nachweislich gegen das Tierschutzrecht verstoßen
2099 wird, auszusetzen.

2100 Schutz der heimischen Ökosysteme verbessern

2101 Im Schlepptau des weltweiten Warenverkehrs dringen entlang der großen Fernhandelsstraßen
2102 und ausgehend von internationalen Häfen mit ihren großen Warenumserschlagplätzen immer
2103 mehr gebietsfremde Arten in heimische Ökosysteme vor und stören das ökologische Gleichge-
2104 wicht. Es zeigt sich, dass gebietsfremde Arten nicht nur negative Auswirkungen auf unsere
2105 hiesige Natur haben, sondern auch konkrete finanzielle und gesundheitliche Schäden verursa-
2106 chen. Wir müssen größere Anstrengungen unternehmen, um die Einschleppung invasiver
2107 Tier- und Pflanzenarten zu verhindern und ihre Ausbreitung einzudämmen. Eine invasive Ei-
2108 genschaft ist als Entnahmegrund im Tierschutzgesetz zu verankern.

2109 Zeitgemäßes Wildtiermanagement umsetzen

2110 Über die Kombination aus aktivem Wildtiermanagement und artenschutzrechtlicher Ausnah-
2111 meverordnung sollen problematische Wildtierbestandsgrößen regional und zeitnah überwacht
2112 und korrigiert werden können. Das Ziel ist die Balance zwischen den Ansprüchen von Wildtie-
2113 ren sowie den Interessen von Landwirten, Teichwirten und Weidetieren. Schäden durch Wild-
2114 tiere sind unbürokratisch und zeitnah durch Geldleistungen zu ersetzen. Jedoch wird eine be-
2115 dingungslose Wiederansiedlung des Wolfs von den Behörden unter Berufung auf die Zielset-
2116 zung der EU-Richtlinien zum Natur- und Artenschutz betrieben. Die AfD hält Wölfe für eine
2117 Raubtierart, die nicht in unsere gewachsene Kulturlandschaft passt. Die Unsicherheiten und
2118 Ängste der Menschen, speziell in ländlichen Regionen, müssen ernst genommen werden. Wei-
2119 dende Schafe, Ziegen, Rinder und Pferde sind besonders betroffen. Unsere Fürsorgepflicht gilt
2120 für unsere Weidetiere in gleichem Maße wie für den Wolf. Die AfD fordert den Einstieg in eine
2121 strenge Bestandsregulierung nach skandinavischem Vorbild und die Ausweisung von wolfs-
2122 freien Gebieten.

2123 Unsere Wälder schützen und bewahren

2124 Etwa ein Drittel der Gesamtfläche unseres Landes ist bewaldet. Um einen gesunden Wald mit
2125 Wild zu erhalten, braucht es waldbauliche Maßnahmen im Einklang mit Ökonomie, Ökologie
2126 und Naherholung. Um eine nachhaltige Bewirtschaftung und Sicherung der Wälder zu errei-
2127 chen, setzt sich die AfD für eine Förderung des Baumaterials und Energieträgers Holz ein. Wir
2128 stehen für einen Abbau der ausufernden Bürokratie bei der Dokumentation in der Forstwirt-
2129 schaft. Der Wald soll von Windindustrieanlagen freigehalten werden, um die wildlebenden Ar-
2130 ten zu schützen und um unseren Kindern eine intakte Natur zu hinterlassen.

2131 Gesunde Lebensmittel aus heimischer Produktion fördern

2132 Die AfD unterstützt das Leitbild des mündigen Verbrauchers. Er soll in seinem Konsumver-
2133 halten nicht staatlich bevormundet, sondern durch ausreichende Informationen zur freien
2134 Entscheidung befähigt werden. Dazu gehört die Aufklärung über gesundheitliche Risiken mo-
2135 discher Ernährungsformen und die Bewahrung unserer traditionellen Esskultur in öffentli-
2136 chen Einrichtungen. Wir schätzen regionale und saisonale Lebensmittel aus Deutschland. Sie
2137 sichern unseren produzierenden und verarbeitenden Betrieben ein hinreichendes Einkommen
2138 – bei zugleich hohen Standards im Tier- und Umweltschutz. Die Versorgung der eigenen Be-
2139 völkerung sowie die Wirtschaftlichkeit und Wertschöpfung heimischer Lebensmittelproduk-
2140 tion muss gewährleistet bleiben.

2141 **Transparenz im Verbraucherschutz ausbauen**

2142 Der Verbraucher muss in die Lage versetzt werden, eine informierte und eigenverantwortliche
2143 Kaufentscheidung treffen zu können. Produkte sollen deshalb nach festgelegten Standards ge-
2144 kennzeichnet werden. Die Auskunft über Inhaltsstoffe und Herkunft der Produkte ist zu ver-
2145 bessern. Auch bei Versicherungsverträgen, Finanzprodukten und Handyverträgen wollen wir
2146 mehr Transparenz schaffen. Herstellerangaben und Vertragsklauseln sind in einer verständli-
2147 chen Sprache zu verfassen.

2148 **Wasserversorgung in öffentlicher Hand belassen**

2149 Die AfD befürwortet die regionale Wasserversorgung durch Kommunen und Zweckverbände.
2150 Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am
2151 Leitungsnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den Händen der Bürger verbleiben. Eine
2152 EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts lehnt die AfD entschie-
2153 den ab. Eine generelle Privatisierung des Wassers oder der Wasserwerke, die durch Richtlinien
2154 der EU angeregt werden, darf es nicht geben. Brunnen privater Grundstückseigentümer, die
2155 hieraus ihr Trinkwasser gewinnen, sind hiervon ausgenommen.

2156 **Ausbau von erneuerbaren Energien einschränken**

2157 Der politisch-ideologisch forcierte und staatlich subventionierte Ausbau regenerativer Ener-
2158 gien ist nicht nur ein ökonomisches Desaster, sondern belastet auch unsere Heimat, unser Le-
2159 bensgefühl und unsere Natur in erheblichem Maße. Wir lehnen die undurchsichtigen Verfah-
2160 ren ab, die den Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien über die Köpfe der Bürger hinweg
2161 ermöglichen.

2162 Windenergieanlagen sind nur noch an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchti-
2163 gungen für Mensch, Tier oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Wald- und Schutzgebiete
2164 sind generell nicht anzutasten. Als Mindestabstand zur Wohnbebauung soll das 10-fache der
2165 Gesamthöhe, mindestens jedoch 2,5 km, bundesweit eingehalten werden.

2166 Studien zeigen seit Jahren die verheerende Wirkung von Windkraftanlagen auf Vögel, Fleder-
2167 mäuse und Insekten. Gravierend sind auch die gesundheitlichen Schadwirkungen durch
2168 Schattenschlag, Infraschall und Lärmemissionen. Die massive Subventionierung der Windin-
2169 dustrie zerstört nicht nur Kulturlandschaften und Wälder, sondern mindert durch den Bau von
2170 Stromtrassen auch die Grundstückswerte.

2171 Den Neubau von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen lehnen wir aufgrund ihres hohen Flä-
2172 chenverbrauchs sowie ihrer abschreckenden Wirkung für den Tourismus ab. Zudem verstär-
2173 ken diese die Aufheizung des Mikroklimas und entwerten landwirtschaftliche Produktionsflä-
2174 chen. Photovoltaikanlagen führen generell zu einer Veränderung des Mikroklimas und verur-
2175 sachen eine Temperaturerhöhung. Bestandsanlagen dürfen weiterbetrieben werden.